Journalistenblatt

2
2025

Die Journalistenverbände informieren | 20. Jahrgang

www.journalistenblatt.de

Herausgeber

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

1945 2025

80 Jahre Kriegsende

Die Steinfigur „Güte" zeigt 1945 auf die Ruinen der Dresdner Altstadt

Dokumentarfilmer Volker Heise über 1945 4

ARD: organisierte Verantwortungslosigkeit 12

E-Rechnungspflicht: Was jeder wissen muss 20

HAMBURGER STIFTUNG
für politisch Verfolgte

38 Jahre Stimmen für die Freiheit

"Die Wahrheit zum Schweigen zu bringen, schürt die Flammen des Konflikts. Journalismus ist eine Brücke, keine Zielscheibe."

Amir Kiyaro
Journalist aus Äthiopien

Seit über drei Jahrzehnten rettet die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte mutige Menschen wie unsere Stipendiaten.

Für die Einladung neuer Gäste brauchen wir Ihre Unterstützung! Jetzt erst recht!

Jetzt informieren & spenden

www.hamburger-stiftung.de

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

BIC: HASPDEHHXXX, IBAN: DE 5320 0505 5010 2225 0359

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Volker Heise, geboren 1961 in Hoya, ist Regisseur, Dramaturg („Black Box BRD"), Produzent und Dokumentarfilmer. Seine Arbeiten wurden vielfach ausgezeichnet: die Fernsehserie „Schwarzwaldhaus 1902" mit dem Grimme-Preis, ebenso die Serie „Zeit der Helden"; die Produktionen „24h Berlin – Ein Tag im Leben" und „24h Jerusalem" unter anderem mit dem Deutschen Fernsehpreis. Jetzt hat er ein neues Buch herausgegeben. Es heißt schlicht „1945". Es ist eine Chronik, die das gesamte Jahr 1945 umspannt, von Silvester bis Silvester. Warum er das gemacht hat, erzählt er im Interview ab Seite 4.

Burkhard Schröder nimmt sich des wiederkehrenden Themas „Vorratsdatenspeicherung" an. Ab Seite 10 beleuchtet er, was Sache ist. Und was nicht. Wussten Sie zum Beispiel, dass 22 von 25 EU-Mitgliedstaaten eine Form der Vorratsdatenspeicherung gesetzlich verankert haben? Ob das tatsächlich bei der Verbrechensbekämpfung funktioniert hat, müssen Sie selbst herausfinden.

Die Moderatorenauswahl beim *ARD*-Kulturmagazin *ttt Titel, Thesen, Temperamente* kann man im Nachinein betrachtet als glücklos bezeichnen. Warum, darüber schreibt Autor Heiko Hilker ab Seite 12.

Wie Sie wissen, hat sich unser digitaler Bildexperte Doc Baumann schon früh dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) gewidmet. Jetzt hat er herausgefunden, dass sich damit nicht nur Bilder generieren lassen. Sondern auch korrekte Textdarstellungen. Wie das geht, beschreibt er ab Seite 16.

Das Journalistenzentrum Deutschland erweitert sein Angebot um digitale Fragerunden. Den Auftakt macht ein Zoom-Meeting zum Presserecht. Weitere Infos dazu finden Sie auf Seite 21. Hausjustiziar Olaf Kretzschmar hat sich des Themas „Digitale Überwachung" angenommen (S. 22), Gründungsexperte Walther Bruckschen zeigt Ihnen, wie Sie passives Einkommen generieren können (S. 24), und Steuerexperte Sebastian Gerdes sagt Ihnen, wie Sie dienstliche Fahrten am besten steuerlich geltend machen können (S. 26).

Und auch sonst haben wir wieder viel Informatives und Interessantes für Sie im Blatt! Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Ihre Redaktion des **journalistenblatt**

www.journalistenblatt.de

Inhaltsverzeichnis

4 1945 – Die ungewollte Befreiung
Ein Jahr zwischen Katastrophe und Neuanfang. Das neue Buch von Volker Heise ist eine Chronik des Jahres 1945. Im Interview berichtet der Dokumentarfilmer, wie er Geschichten von Menschen aus dem Jahr 1945 zu einem Buch zusammenführte

10 Vorratsdatenspeicherung?
Ist das etwas typisch Deutsches? Bei einer Umfrage unter beliebigen Passanten wüsste wahrscheinlich niemand, was sich hinter dem Begriff „Vorratsdatenspeicherung" verbirgt

12 Organisierte Verantwortungslosigkeit
Thilo Mischke sollte in der *ARD* neuer Moderator von *titel, thesen, temperamente* werden. Dazu kam es nicht. Warum? Wegen organisierter Verantwortungslosigkeit, schreibt Heiko Hilker

14 Urlaubsreisen mit der Verbandskreditkarte
Bei Bezahlung mit der PressCreditCard können Rabatte von fünf Prozent erzielt werden

16 KI lernt schreiben
Noch vor einem Jahr gingen Fachleute davon aus, bildgenerative KI könne prinzipiell keine korrekten Texte wiedergeben, weil sie mit Bildern trainiert werde. Inzwischen hat sich viel getan, erklärt Doc Baumann

20 E-Rechnungspflicht
Seit Januar 2025 ist die E-Rechnung für inländische B2B-Umsätze Pflicht. Auch für Freelancer. Wir erklären, was eine E-Rechnung ist und wie Sie damit umgehen müssen

21 Fragerunde Presserecht
In unseren Zoom-Veranstaltungen steht Ihnen ein Fachanwalt Rede und Antwort

22 Digitale Überwachung in Deutschland
Ein juristischer Blick auf Gesetzesvorhaben und verfassungsrechtliche Grenzen digitaler Überwachung in Deutschland

23 Impressum

24 Passives Einkommen für Medienschaffende
In einer sich wandelnden Medienwelt ist finanzielle Unabhängigkeit wichtig. Wie lassen sich Einkommensquellen erschließen? Ein Überblick über Strategien, Chancen und Fallstricke

26 Fahrtkosten steuerlich absetzen
Pendelfahrten, Außendienstreisen – Dienstfahrten gehören oft zum Alltag. Welche Kosten sind steuerlich absetzbar? Ein Überblick über geltende Regelungen, aktuelle Urteile und praktische Tipps zur Fahrtkostenabrechnung

28 Die kurze Zeit des medialen Aufbruchs
Im Herbst 1989 reformierten sich viele DDR-Medien schnell und von innen heraus – beim Fernsehen und Radio des staatlichen Rundfunks der DDR und bei Zeitungen und Zeitschriften

30 Einfache Passwörter um sie sich besser zu merken?
Fünf Tipps für sichere Zugänge

31 Engagement – RückBLENDE

Titelfoto: Richard Peter

Volker Heise, Regisseur, Dramaturg, Produzent und Dokumentarfilmer

Foto: Bernd Lammel

1945 Die ungewollte Befreiung

Im Jahr 1945 endete der Zweite Weltkrieg mit der Kapitulation Deutschlands. Es war ein Jahr zwischen Katastrophe und Neuanfang. Menschen waren auf der Flucht, suchten in den zerstörten Städten nach Schutz. Am 8. Mai war der Krieg zu Ende, Deutschland eine Trümmerwüste, und die Menschen standen vor einer ungewissen Zukunft. Das neue Buch von Volker Heise ist eine Chronik, die das gesamte Jahr 1945 umspannt, von Silvester bis Silvester. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen und Augenzeugenberichte erlauben eine einzigartige Perspektive. Beobachtungen und Geschichten werden zu einer großen Erzählung verwoben, die unterschiedlichste Schicksale unmittelbar miteinander verbindet. Im Interview mit dem Journalistenblatt spricht der Dokumentarfilmer und Autor, wie es zu diesem außergewöhnlichen Buchprojekt kam, über seine unbändige Leidenschaft, in Archiven zu stöbern, und wie er methodisch vorgegangen ist, die Geschichten von Menschen im gesamten Jahr 1945 Monat für Monat in einem Buch zusammenzuführen.

Zerstörungen in Hamburg 1945

Foto: Collection Imperial War Museum, CL 3400

? Volker Heise, Ihr Buch „1945“ erschien fast genau 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Ist es als Fortführung oder Ergänzung Ihres Dokumentarfilms „Berlin 1945 – Tagebuch einer Großstadt“ zu verstehen, der im Jahr 2020 erschien?

! Nein, es ist keine Fortführung. Ich hatte für den Film ein riesiges Archiv mit Texten, Tagebüchern, Briefen, Dokumenten, Erinnerungen, Plänen und Fotos aufgebaut. Beim Film musste ich mich, anders als beim Buch, auf 1945 in Berlin beschränken. Ich hatte aber schon sehr viel Material auch aus anderen Orten, deshalb hörte ich nach dem Film nicht auf zu sammeln. Ich bestellte Newsletter, schloss Abos ab. Mal schickte mir jemand Material, dann erfuhr ich, dass es jetzt die originalen Protokolle von den ersten Bergen-Belsen-Prozessen gibt, also bestellte ich sie. Und so ging es weiter und weiter und weiter. Irgendwann kommt der Tag, wo man denkt: Jetzt kommt alles auf den Dachboden – und dort war das Material zunächst auch. Dann kam der Verleger, Gunnar Schmidt, und wir sprachen über mögliche neue Projekte. Er fragte: „Was ist mit 1945?“ Und ich sagte: „Lass uns nicht drüber reden. Das ist ein riesiges Ding.“ Er argumentierte: „Vielleicht sollten wir ein Fotobuch machen. Wir arbeiten mit ganz vielen Fotos, du suchst Zitate dazu, und wir machen einen schönen Fotoband.“ Ich dachte, das ist eine richtig gute Idee, viele Fotos, wenig Text, wenig Arbeit für mich. Ein paar Wochen später kam er und sagte: „Ich habe es mir überlegt, es braucht doch mehr Text.“

? Jetzt gibt es im Buch 1945 nur zwölf Fotos und sehr viel Text.

! Genau. Am Ende sind es 500 Seiten und zwölf Bilder geworden.

? Zu Beginn eines jeden Monats steht ein Bild, und dann kommen Auszüge aus Tagesbüchern und Texten.

! Deshalb ist es keine Fortführung des Films, sondern die Neuerfindung des Materials als Buch.

? Wie lange hat der Prozess des Sortierens, des Aussuchens gedauert? Haben Sie nur aus Ihren Archiven geschöpft oder haben Sie auch in anderen Archiven gesucht, um Tagebücher und Briefe für das Buch zu finden?

> Es wird eine Geschichte erzählt über die Geschichte, mit Geschichten von Menschen, die sie erlebt und aufgeschrieben haben.

! Für den Film haben wir als Team angefangen in den National Archives in Washington, im Imperial War Museum in London, haben in Frankreich und Russland gesucht. Auch sehr viele deutsche Archive haben wir abgegrast und Privatarchive natürlich auch. Wir suchten zuerst Material, das schon veröffentlicht wurde. Was kann man einfach kaufen, weil es auf dem Markt ist? Die Bücher von Erich Kästner zum Beispiel. Manche sind vergriffen, andere schlummern irgendwo in Archiven. Die muss man finden. Das ist ein großer Mix, und es war eine lange Recherche für den Film und später, als ich allein weitergemacht habe, natürlich auch für das Buch. Für das Buch wollte ich vor allem Lücken füllen, zum Beispiel Material über Flüchtlinge finden, sowohl Displaced Persons als auch Menschen, die aus Pommern, Schlesien, Ostpreußen geflohen waren. Die Transporte aus den Konzentrationslagern ins Innere des Reiches wollte ich präsenter haben, da hatte ich zu wenig Material. Zum Beispiel Materialien über Bergen-Belsen oder Mittelbau-Dora. Dafür habe ich noch einmal tiefer recherchiert.

? Wie lange dauert ein solcher Prozess?

! Sortieren oder Sammeln?

? Sammeln und Sortieren.

! Wenn ich das Material vom Film dazu nehme, habe ich etwa sechs Jahre gesam- ▶

Foto: No 5 Army Film & Photographic Unit, Hewitt (Sgt) Imperial War Museums, BU 8573

melt. Ich arbeite aber nicht komplett am Stück, sondern habe zwischendurch andere Filme gemacht. Es gibt Phasen sehr intensiver Arbeit und Phasen, wo das Thema fast verschwindet aus dem Leben. Aber es kommt immer zurück. Seit dem Tag, an dem ich mit dem Film begonnen habe, begleitet mich das Sammeln. Es ist ein konstanter Prozess in meinem Leben, seit dem Studium.

? Wann kam der Punkt, an dem Sie sagten: Jetzt habe ich alles für jeden Monat zusammen?

! Den gab es nicht. Ich bin nie zufrieden. Das Los des Sammlers ist: Man hat niemals alles.

? Gab es Dinge, die Ihnen besonders wichtig waren?

! Ja, aber es gibt auch den Veröffentlichungsdruck, also sagt man: Bis dahin

Foto: Janczikowsky, CC BY-SA 3.0 Wikipedia

musst du fertig werden, du kannst jetzt nicht mehr weiterrecherchieren. Also bleiben Lücken. Ich habe mich irgendwann auch entschieden, bewusst pars pro toto zu arbeiten, also nicht alles aus einem Jahr zu erzählen, nicht jeden Luftangriff, nicht alles aus jeder Stadt. Ich musste mich auf bestimmte Punkte konzentrieren, die mir besonders wichtig waren, auf einzelne Themen, einzelne Orte, einzelne Menschen.

? Sie haben Tagebücher durchforstet, Briefe, und es gibt Augenzeugenberichte. Heißt das, Sie haben auch Menschen getroffen?

! Ich habe niemanden persönlich getroffen. Bis auf Kinder und Enkel von Protagonisten. Aber das war genau die Idee von „1945". Schon beim Film stand von Anfang an die Frage: Was ist, wenn es keine Zeitzeugen gibt? Nähern wir uns dem Thema und dem Stoff trotzdem? Wie kommt man hinter seine eigene Vorstellung, hinter seine eigene Phantasie über die Zeit? Das war ein wesentlicher Punkt: Zurück zu den Quellen. So entstand die Idee, dass ich mir Tagebücher von Menschen ansehe, die damals gelebt und ihre Gedanken aufgeschrieben haben. So konnte ich es aus dem Moment heraus erzählen, auf Augenhöhe mit den Menschen. Um ein komplexeres Bild zu erhalten und sich nicht nur auf einen Einzelnen zu beschränken, kommen ganz viele zu Wort, und man baut mosaikartig das Jahr 1945 zusammen – aus verschiedenen Perspektiven, in der Hoffnung, dass es mehr ergibt als die Summe der Einzelteile.

? Es kommen im Buch viele verschiedene Personen zu Wort. Offiziere der russischen Armee, wie zum Beispiel Konrad Wolf, der *BBC*-Reporter Richard Dimbleby und ganz einfache Menschen, wie Gustav Palis aus dem Volkssturm oder Brigitte Eicke. Am Ende des Buches gibt es Einträge von Erich Kästner, Erika Mann und Burton C. Andrus, dem Kommandanten des Kriegsverbrechergefängnisses in Nürnberg. Nach welchem Schema haben Sie die Menschen im Buch zu Wort kommen lassen? Wie haben Sie die Auswahl getroffen?

! Ich bin methodisch vorgegangen. Das ist so wie auf einer Pinwand: Ich habe unfassbar viele Karteizettel beschrieben. Als ich in Archiven gesessen habe, gab es um mich herum viele junge Menschen, und ich war der Einzige mit einem Bleistift und Karteikarten. Ich notiere mir, wer hat was gesagt und wo, mache mir Stichwörter, und dann denke ich mir: Okay, das könnte ein Zitat sein.

? Wie ein großes Puzzlespiel?

! Ein großes Puzzlespiel, genau. Dann ordne ich die Karteikarten chronologisch: Januar, erste Woche, zweite Woche, dritte Woche, Tag für Tag. Anschließend hefte ich die Karteikarten an eine große Wand und überlege, wie ich all das, was hier zu mir spricht, in eine Ordnung oder eine sinnvolle Abfolge bringen kann oder in eine, die eine Aussage hat. Dann ist es oft so, dass man mal mehr bei dem einen Protagonisten ist und dann mal mehr bei einem anderen. Oder man ist mehr bei Leuten an der Front oder bei Menschen in Berlin, die die Front nur hören. Oder wenn ich denke, jetzt bin ich zu nett zu den Deutschen, dann gehe ich mal dahin, wo ihre Verbrechen aufscheinen. Das ist so ein Spiel, das eher intuitiv ist, aber natürlich gestützt auf Quellen. Ich sage deshalb auch, dass das Buch kein Sachbuch ist, es ist aber auch kein Roman, sondern es ist so ein „Sachma", eine Erzählung, die sich auf Quellen stützt.

? War beim Lesen der Tagebücher und Briefe am Ende des Jahres 1945 ein wenig Optimismus zu spüren, der zu Beginn des Jahres 1945 noch nicht vorhanden war, weil noch Krieg herrschte? Wechselte die Stimmung?

! Das hing damit zusammen, wer die Menschen waren. Wer in Nürnberg oder in Lüneburg einsaß, hatte sicher keine gute Stimmung. Wer wie Adolf Eichmann auf der Flucht war, sicher auch nicht. Menschen, die ins Nazi-System verstrickt waren und daran geglaubt hatten, waren sicher auch

Oben: Das Reichstagsgebäude in Berlin, vier Wochen nach Kriegsende
Links oben: Trümmerfrauen in Berlin
Rechts oben: Befreite Häftlinge tragen Tote aus den Baracken, KZ Bergen-Belsen, 17. April 1945
Rechts unten: Das Lagertor des KZ Auschwitz nach der Befreiung, 1945

nicht optimistisch. Ich denke, das Jahr 1945 war eine Ur-Erfahrung – wie ich sie ähnlich, aber nicht so brutal, 1989 gemacht habe. Da krachte auch ein historisches Ereignis, nämlich der Mauerfall, in meinen Alltag. Ich wohnte zu der Zeit in Berlin direkt an der Mauer, konnte von meiner Wohnung auf den Mauerstreifen schauen. Und eines Tages war die Mauer weg. Mich hat diese Parallelität von historischen Ereignissen und Alltag überrascht. Man ist trotzdem jeden Morgen aufgestanden, hat sich die Zähne geputzt, ist einkaufen gegangen. Und gleichzeitig passierte etwas, was viel größer war als man selbst und der eigene Alltag. Das hat mich auch am Jahr 1945 fasziniert: Da passiert auf der einen Seite etwas, was riesig ist und für die einen katastrophal, für die anderen eine Befreiung, eine notwendige Befreiung. Gleichzeitig ist da dieser Alltag. Die Menschen stehen trotzdem jeden Morgen auf, müssen etwas essen. Das habe ich versucht, in diesem Buch zu erzählen: diese Kontinuität des Alltags. Jemand wie Brigitte Eicke zum Beispiel, die quasi durch das Buch hindurchgeht. Sie steht dafür, dass es immer weiter und weiter und weiter geht. Sie ist jung, will im Jahr 1945 trotzdem tanzen, trotzdem ins Kino gehen, will trotzdem ihr Leben leben. Das ist eine erstaunliche und manchmal auch erschreckende Kraft der Menschen: einfach weiterzumachen. Andere können das nicht. Viele aus Angst oder aus Scham, weil sie nicht mehr an die Welt glauben oder weil sie einfach zu erschöpft sind.

? Oder weil die Welt für sie untergegangen ist.

! Für viele war eine Welt untergegangen, sie hatten Angst vor dem, was kommen würde. Da gibt es viele Brüche und gleichzeitig Kontinuität. Ich glaube, das, was untergegangen ist, wird in diesem Weitermachen gar nicht so sehr realisiert. Das ist interessant. Keiner stellt sich in all den Tagebüchern die Frage: Was haben wir da eigentlich veranstaltet? Was war das in den letzten zwölf Jahren? Welche Verantwortung haben wir dafür? Überhaupt nicht. Da geht es tatsächlich nur ums Weiterleben.

? Welches Gefühl hatten Sie beim Lesen der Tagebücher, denen die Menschen sich anvertraut haben?

! Es gibt einmal die Tagebücher, die sehr deutlich für die Nachwelt geschrieben worden sind. Joseph Goebbels hat Tagebuch geschrieben, weil er gut aussehen wollte – und wirkt dabei oft lächerlich. Auch Erich Kästner war sich sehr bewusst, dass er für die Nachwelt schreibt. Andere Menschen, wie Anne-Marie Durand-Wever und auch Brigitte Eicke, schreiben nicht für die Nachwelt. Die notieren, was ihnen passiert. Das finde ich viel interessanter, denn da spürt man mehr Wirklichkeit. Bei vielen Tagebüchern muss man hinter die Worte schauen und hinterfragen, ob das alles überhaupt stimmt. Zum Beispiel gibt es von „Anonyma, eine Frau in Berlin" zwei Versionen. Da versucht man, die ursprüngliche Version zu bekommen. Und dann gibt es stark bearbeitete Tagebücher, die später veröffentlicht wurden.

> Es ist eine klare Niederlage, und zwar eine, wie die Welt sie selten gesehen hat – militärisch, ökonomisch, moralisch und kulturell.

? Menschen, die Tagebuch schreiben, haben möglicherweise niemanden, dem sie sich anvertrauen können. Schreiben die nicht private oder intime Dinge ins Tagebuch, weil sie davon ausgehen, dass sie sowieso niemand liest?

! Nein. Das belegen Quellen wie das Deutsche Tagebucharchiv. Da schicken Menschen ihre Tagebücher hin, weil sie möchten, dass sie veröffentlicht werden. Und hier geht es ja um Geschichte und nicht um intime Geheimnisse.

? Das Jahr 1945 ist ein besonderes Jahr – es gibt mit dem Kriegsende einen Endpunkt, und es wird vom Neubeginn oder der Stunde Null gesprochen. Andere sprechen von der Befreiung oder Niederlage Deutschlands. Was ist das Jahr 1945 Ihrer Meinung nach?

! Nichts von alledem. Was ist denn die Stunde Null? Die sieht in Aachen anders aus als in Berlin. Viele kriegen die Stunde Null gar nicht mit. Die kriegen nicht mit, dass der Krieg zu Ende ist. Die erfahren das erst fünf Tage, zehn Tage oder manche auch erst Wochen später. Deshalb sage ich, es gibt Bruch und Kontinuität. Klar, es gibt den Moment, und an den halten wir Nachgeborene uns. Wir brauchen solche Tage, um die Geschichte zu sortieren. Ich glaube eher, das darunterliegende Kontinuum ist interessanter, also die größeren Bewegungen, die sich dahinter verstecken. Die Stunde Null gibt es von daher gar nicht oder sie springt durch die Zeit von einem Ort zum anderen. Auch die Machtverhältnisse ändern sich nicht sofort, sondern verwandeln sich nach und nach. In Berlin sind bis Mai die Nazis an der Macht, dann kommen die Sowjets, dann kommen die Amerikaner, die streiten mit den Briten und den Franzosen, wer kriegt was, und erst dann finden sie zusammen. Es ist ein kontinuierlicher Prozess – bis der sich dann auch wieder legt und zum Kalten Krieg entwickelt. Die Stunde Null, wo setzt die ein? ▶

Foto: H. L. Clyn Hughes, Imperial War Museums, BU 3725

Foto: Bundesarchiv B 285 Bild-04413

Foto: Bernd Lammel

Volker Heise, *geboren 1961 in Hoya, ist Regisseur, Dramaturg („Black Box BRD"), Produzent und Dokumentarfilmer. Seine Arbeiten wurden vielfach ausgezeichnet: die Fernsehserie „Schwarzwaldhaus 1902" mit dem Grimme-Preis, ebenso die Serie „Zeit der Helden"; die Produktionen „24h Berlin – Ein Tag im Leben" und „24h Jerusalem" unter anderem mit dem Deutschen Fernsehpreis. Zuletzt fanden seine Filme „Berlin 1945 – Tagebuch einer Großstadt", „Berlin 1933" und die Netflix-Produktion „Gladbeck. Das Geiseldrama" ein großes Echo. 2017 erschien sein Roman „Außer Kontrolle". Volker Heise lebt in Berlin.*

? Sind Begriffe wie Befreiung oder Niederlage eine Frage des Betrachtungswinkels? Die einen wurden befreit, andere begreifen es als Niederlage, weil das Dritte Reich untergegangen ist?

! Es ist eine klare Niederlage, und zwar eine, wie die Welt sie selten gesehen hat. Die Niederlage ist militärisch, ökonomisch, moralisch und kulturell. Es ist eine Niederlage, die größer nicht sein konnte, weil es nicht nur eine militärische Niederlage war, sondern auch eine moralische. Den Holocaust, die Erfindung eines neuen Verbrechens, wie Hannah Arendt es später beschreibt als bürokratisch organisierten, industriell fabrizierten Massenmord, also etwas, was es vorher noch nie gegeben hatte, wird die Welt nicht verzeihen.

? Ein Tabubruch?

! Ja. Hannah Arendt schreibt: „Wenn es ein solches Verbrechen erst mal gegeben hat, wird es das auch ein zweites Mal geben" – und jedes Mal fällt es auf den Urheber zurück. Das Kriegsende ist natürlich auch eine Befreiung, aber eine, die die Deutschen nicht gewollt haben. Thomas Mann sagte im *BBC* in seiner Sendung: „An die deutschen Hörer: Wie gerne hätten wir alle gehört, dass ihr selber aufgestanden seid, und sei es nur in den letzten Monaten, und euch selbst befreit hättet. Aber ihr habt es nicht getan. Ihr habt es nicht getan!" Deshalb ist diese Niederlage so unfassbar groß. Es ist auch eine Befreiung, aber eine, die die Deutschen damals nicht wollten, die wir heute aber gerne gewollt hätten. Wir hätten es heute gern, dass unsere Vorfahren, unsere Großeltern oder Urgroßeltern uns von dieser Geschichte befreit hätten. Haben sie aber nicht. Das ist ein Stachel, der tief im Fleisch sitzt, vielleicht noch tiefer als die Niederlage: dieses Unvermögen, sich selbst zu befreien.

? Sie sind Jahrgang 1961 und in Niedersachsen aufgewachsen. In vielen Elternhäusern der Nachkriegsgeneration wurde über die Zeit im Krieg geschwiegen. Wurde in Ihrem Elternhaus darüber gesprochen?

! Überhaupt nicht. Einer meiner Großväter, ich kannte ihn nicht, ist im Krieg gefallen. Unsere Familie lebte in einem Dorf, und da lebte man nach dem Krieg einfach weiter. Ich glaube, das war in den meisten Familien in Westdeutschland so. Ich kann nur für Westdeutschland sprechen, von der Nachkriegszeit in der DDR weiß ich zu wenig.

Ich hatte das Gefühl, da war immer ein weißer Elefant im Raum, aber er wurde nie beim Namen genannt. Und manchmal kamen so nebenbei Dinge heraus, wenn Verwandte erzählten: „Wir waren ja in Schlesien auf der Flucht." Meine Mutter und auch mein Vater haben erst kurz vor ihrem Tod etwas erzählt. Die Generation meiner Eltern, wie Brigitte Eicke im Buch, die sind da reingewachsen, haben, bis sie 14, 15 waren, nichts anderes als den Nationalsozialismus erlebt. Die waren im Bund Deutscher Mädels, die waren in der Hitlerjugend. Das war ihre Welt.

? Deshalb wollten die 1968er so vehement den ganzen Mief endlich aufbrechen?

! Ja. Ich erinnere mich aber noch sehr genau an die berühmte Serie „Holocaust – Die

Foto: No 5 Army Film & Photographic Unit, Wilkes A. (Sgt)

Links: Nach dem Zusammenbruch der Wasserversorgung waschen deutsche Frauen Kleidung an einem Hydranten (Berlin, Juli 1945)
Rechts oben: Deutsche Kriegsgefangene der amerikanischen Fallschirmtruppen an der Ruhr

Foto: Autor/-in unbekannt - U.S. National Archives and Records Administration

Geschichte der Familie Weiss", die vom deutschen Feuilleton verrissen wurde. Als die in den 1970er-Jahren im deutschen Fernsehen lief, gingen Erschütterungswellen durchs Land. Eine kitschige, in Anführungszeichen, Fernsehserie, löste in dieser Beziehung mehr Erschütterung aus als die 1968er-Bewegung. Ich erinnere mich, dass es, ich glaube beim *WDR*, Psychologen und Historiker gab, die man nach der Serie anrufen konnte, was im Fernsehen live übertragen wurde. Wir haben es zu Hause auch geschaut, und sowohl meine Mutter als auch mein Vater haben vor dem Fernseher geweint. Meine Eltern sind mit uns Kindern dann nach Bergen-Belsen gefahren. Das war in der Nähe, wo ich aufgewachsen bin. Das war ihnen sehr wichtig. Ich erinnere mich gut an das Schweigen im Auto während der Rückfahrt. Diese Kriegskinder hatten keine Schuld, waren aber trotzdem darin verwoben.

? Hat Sie das Thema Nationalsozialismus und Krieg auch deshalb so interessiert?

! Es gab einen Moment, den ich heute als Schlüsselerlebnis sehe. Wir sind als Kinder im Winter auf einer kleinen Erhebung rodeln gegangen. Ich war vielleicht 12 oder 13 Jahre alt. Der Weg führte an einem für mich komischen Ort am Wald vorbei, der war eingezäunt, aber die Zäune waren kaputt, und es waren Grabsteine hinter dem Zaun. Irgendwann fragte ich meine Mutter, was das für Grabsteine im Wald seien. Sie sagte: „Das ist der Judenfriedhof." Ich hatte davon noch nie gehört, und es ist mir heute immer noch präsent. Ich verstand damals nicht, was Judenfriedhof bedeutete. Später verstand ich, dass dort, wo ich aufgewachsen bin, Juden gelebt haben, die dort jetzt nicht mehr leben, und dass es Menschen gibt, die damit verwoben sind, die es jetzt nicht mehr gibt. Ich frage mich manchmal: Warum beschäftige ich mich so viel damit? Ich denke, dieser Moment im Wald hat etwas in meinem Leben ins Rollen gebracht.

? Jeder Monat des Jahres 1945 beginnt im Buch mit einem Foto. Haben Sie die Fotos nach einem bestimmten Tagebucheintrag ausgewählt oder nach einem Ereignis im Krieg oder in der Nachkriegszeit?

! Die Fotos gehören zum jeweiligen Monat. Es war der Versuch, ein Bild zu finden, das eine Aussage für den Monat trifft.

? Sie sagten, das Buch „1945" ist weder ein Sachbuch noch ein Roman, aber es ist irgendwie auch ein Geschichtsbuch.

! Es wird eine Geschichte erzählt über die Geschichte, mit Geschichten von Menschen, die sie erlebt und aufgeschrieben haben. Heute wird der Begriff „multiperspektivisches Erzählen" oft bemüht. Aber für mich ist es mehr. Ich fand diese Collagenform immer gut. Das kommt vielleicht daher, dass ich Dokumentarfilme mache. Ich bin geübt darin, mich mit Dokumenten auseinanderzusetzen und sie zu einer Geschichte zusammenzufügen. Man macht aus Facetten, wenn man sie zusammensetzt, ein neues Bild. Beim Buch sollte es auch so sein, dass ich mich als Autor zurücknehme. Das spielte auch bei der Recherche eine Rolle: Ich wollte auch die Geschichten finden, die ich nicht finden wollte, oder an Leute ran, die ich nicht mag. Ich versuche mich dabei selbst zu übertricksen in der eigenen Erwartungshaltung. Das Schlimmste, was passieren kann, ist, dass man mit einer bestimmten Erwartungshaltung an ein Thema herangeht und alles dafür tut, dass sie sich erfüllt.

Volker Heise
1945
ISBN: 9783737102018
www.rowohlt.de/verlag/rowohlt-berlin

? Wie war die Reaktion auf dieses Buch?

! Ich mache oft Lesungen. Da kommen viele ältere Menschen, die etwas loswerden wollen oder müssen. Das ist interessant, denn man bemerkt den Stau, der in ihnen arbeitet. Das sind sowohl Menschen, die den Krieg als Kinder erlebt haben, aber auch Kinder, die mit ihren Eltern kommen. Es ist schön zu erleben, dass das Buch Menschen zum Reden bringt.

? Was lernen wir aus dem Buch „1945" 80 Jahre nach Kriegsende? Hat die Menschheit aus dieser Katastrophe vor 80 Jahren etwas gelernt?

! Wenn ich gefragt werde: „Kann man aus der Geschichte lernen?", sage ich: Nein! Jedenfalls nicht in dem Sinne, dass man ein geschichtliches Ereignis als Blaupause nimmt und es auf die Gegenwart legen kann. Das führt zu falschen Einschätzungen. Wenn manche jetzt sagen: „Wir sind kurz vor Weimar, jetzt kommt das neue 1933", schauen sie wie das Kaninchen auf die Schlange. Aber erstens sind wir nicht vor Weimar, denn es ist 2025, und zweitens kann die Geschichte auch anders ausgehen.

Geschichte ist immer offen. Sie hätte auch 1933 anders ausgehen können, wenn die Gewerkschaften, die Sozialdemokraten und die Kommunisten einen Generalstreik ausgerufen hätten. Aber sie haben es nicht getan. Vielleicht oder wahrscheinlich hätte es einen Bürgerkrieg gegeben, und der wäre schlimm geworden, aber der Welt wäre der Nationalsozialismus und der Holocaust erspart geblieben.

Das Interview führte
Bettina Schellong-Lammel

Vorratsdatenspeicherung?

Da stelle mer uns janz dumm: Ist das so etwas wie der Restriktionsfragmentlängenpolymorphismus oder die Telekommunikationsüberwachungsdurchführungsverordnung? Also etwas typisch Deutsches, das niemand versteht, weil zu lang und zu kompliziert? Man kann davon ausgehen, dass bei einer Umfrage unter beliebigen Passanten in einer beliebigen Stadt niemand wüsste, was sich exakt hinter diesem Begriff verbirgt und wie der aktuelle Stand der Dinge ist. Erlaubt oder verboten? Und von wem?

Von Burkhard Schröder

Screenshot

Zudem ist der sperrige Ausdruck extrem unsexy. Das Thema interessiert nur die üblichen Verdächtigen, Nerds, Digital Natives, „Netzpolitiker", also diejenigen, von denen man schon vorher weiß, was sie sagen. Die Leute verschlüsseln auch ihre E-Mails nicht und posten jeden privaten Quatsch in den Sozialen Medien. Warum sich also aufregen?

Sollen die israelischen Geheimdienste etwa nicht die Verkehrsdaten der arabischen Terroristen auf Vorrat speichern, damit sie wissen, wer wann Attentate verübt und ob die Hamas wieder unschuldige Menschen abschlachten oder Geiseln nehmen will? Moment: Mossad und Schin Bet dürfen das, wir aber nicht?

Hat nicht US-Präsident Donald Trump im Januar ein Dekret unterzeichnet, das vorsieht, Studenten und Staatenlose, die an antisemitischen Demonstrationen teilgenommen haben, auszuweisen? Wie soll das funktionieren, wenn man nicht auf Vorrat gespeichert hatte, was die Betreffenden getan haben und wo sie wann waren?

Wenn Sie sich jetzt aufregen, weil Sie gerade von netzpolitik.org kommen und etwas anderes zum Thema erwartet oder auf der Website des „digitalen Freiheitskämpfers" Patrick Breyer viele schlagende Argumente gelesen haben, dass das Speichern von Daten für lange Zeit die Privatsphäre unbescholtener braver Bürger dem unbegrenzten Zugriff des Großen Bruders ausliefere, dann war das beabsichtigt. Wir glauben fast nichts und überprüfen alles.

„Die Vorratsdatenspeicherung macht nachvollziehbar, wer mit wem per Telefon oder Handy in Verbindung gestanden oder das Internet genutzt hat."
Wahr oder falsch? Richtig, weil das den feuchten Träumen der Überwachungsfans entspricht. Falsch, weil man es verhindern kann, wenn man nur will.

„Bei Handy-Telefonaten und SMS wird auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten."
Richtig. Aber das ist ohnehin schon jetzt möglich. Strittig ist, wie lange das notwendig wäre, um Verbrechen aufzuklären: Eine Woche? Einen Monat? Ein Jahr?

„In Verbindung mit anderen Daten wird auch die Internetnutzung nachvollziehbar."
Nur bedingt richtig und gilt nur für Klein-Fritzchen, der einen Browser nicht von einer Dusche unterscheiden kann. Wer einen Instagram-, Facebook, X- oder LinkedIn-Account hat, sollte nicht herumjammern. Ihr macht das freiwillig.

„Gesammelt werden Informationen über die gesamte Bevölkerung ‚auf Vorrat', unabhängig davon, ob der Verdacht einer Straftat besteht."
Richtig. Aber das ist auch bei der Schufa so und den Krankenkassen. Es kommt darauf an, was man daraus macht.

speicherung

„Die allgemeine und anlasslose Datenerfassung stellt einen beispiellosen Angriff auf unser Recht auf Privatsphäre dar und ist die tiefgreifendste Spielart der Massenüberwachung."
Nein, das ist nicht neu. Beispiellos ohnehin nicht, nur war die Stasi technisch noch nicht auf heutigem Stand. Und China kann das sowieso. Eine „Massenüberwachung" kann ich jedem als etwas Gutes verkaufen, der auf einem Weihnachtsmarkt mit einem Messer angegriffen wurde, obwohl sich keine dieser Attacken mit einer Vorratsdatenspeicherung hätte verhindern lassen, auch wenn das gern behauptet wird. Wenn die Behörden versagen, was offenbar mittlerweile die Regel ist, und nicht tun, was möglich ist, helfen auch keine Daten, die man auf Vorrat gespeichert hat.

„Sie erfasst hochsensible Informationen über unser tägliches Leben und schließt niemanden aus."
Richtig. Auch die elektronische Gesundheitskarte bzw. Patientenakte machen das und funktionieren nicht so, wie man es gern hätte, sondern sind voller Risiken und Nebenwirkungen wie eine Schmerzpille. Faxe, Nokia-Telefone und Brieftauben sind nicht vollkommen, aber besser. Aber wollen wir das?

„Sie kann persönliche Beziehungen, Kommunikation mit Anwälten, Therapeuten, Eheberatern oder medizinischen Fachleuten wie Psychologen oder Ärzten offenlegen und verschafft Regierungen und Strafverfolgungsbehörden einen noch nie dagewesenen Zugang zu unserem Privatleben, der zu Missbrauch geradezu einlädt."
Wie? Vertrauen wir unseren gewählten Politikern etwa nicht? Zitieren nicht unsere Qualitätsmedien ständig vertrauensvoll den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz als seriöse Quelle für dieses und jenes? Warum sollte jemand Daten missbrauchen? Der Staat liebt uns doch alle!

„Die Vorratsdatenspeicherung hat eine schädliche Wirkung auf die demokratische Gesellschaft insgesamt."
Wie ist das gemeint? Die Vorratsdatenspeicherung unterminiert den Kapitalismus oder untergräbt die sogenannte Sozialpartnerschaft, also dass Kapital und Arbeit Hand in Hand in eine gemeinsame glückliche Zukunft marschieren und solch eklige Dinge wie „Klassenkampf" ganz und gar vergessen?

Übrigens: 22 von 25 EU-Mitgliedstaaten haben eine Form der Vorratsdatenspeicherung gesetzlich verankert. In mindestens sechs dieser Länder werden diese Gesetze gerade rechtlich angefochten. Lediglich in Österreich, den Niederlanden und Slowenien gibt es zurzeit keine aktive Vorratsdatenspeicherung.

Die Speicherfristen variieren zwischen den Ländern erheblich. Beispielsweise speichern Bulgarien, Schweden und die Tschechische Republik Daten bis zu sechs Monate, während Dänemark, Frankreich, Griechenland und Polen Daten bis zu einem Jahr aufbewahren. In Spanien müssen Internetanbieter Verkehrsdaten bis zu zwei Jahre speichern. In Italien sieht das Gesetz sogar eine Speicherfrist von bis zu sechs Jahren vor, insbesondere bei schweren Straftaten wie Terrorismus.

Gibt es in Italien und Spanien weniger Verbrechen? Nein. So einfach ist das. Wer behauptet, man müsse alles unbegrenzt speichern, muss auch fordern, die Todesstrafe wieder einzuführen, weil das abschrecke. Mit Logik hat das nichts zu tun, wie vieles in der Politik.

Und hierzulande? Im aktuellen Telekommunikationsgesetz (TKG) sind die entsprechenden Regelungen in den Paragraphen 176 bis 180 weiterhin verankert. Die Bundesnetzagentur hat jedoch bereits 2017 entschieden, die Umsetzung dieser Vorschriften auszusetzen, da mehrere Gerichtsverfahren anhängig waren. Im September 2022 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die anlasslose Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten im deutschen Recht nicht mit europäischem Recht vereinbar sei. Auf dieser Grundlage entschied auch das Bundesverwaltungsgericht, dass die bestehenden Regelungen nicht angewendet werden dürfen. Das ist aber alles viel zu kompliziert: Juristische Fakten halten berufslose und andere Politiker, für die Tor, Veracrypt und asymmetrische Kryptografie böhmische Dörfer sind, nicht davon ab, „die" Vorratsdatenspeicherung trotzdem gebetsmühlenhaft zu fordern. Man weiß nicht genau, was man will, das aber mit aller Kraft.

Nach dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt wollten die SPD und die Grünen die Vorratsdatenspeicherung einführen. Im Dezember 2024 sollte die Vorratsdatenspeicherung – inklusive der biometrischen „Internetfahndung" – noch vor der Neuwahl in einem zweiten Sicherheitspaket beschlossen werden. Im Januar 2025 rückte die Bundesregierung von ihrer Position, anlasslos IP-Adressen speichern zu lassen, dann wieder ab. Niemand weiß genau, wie es jetzt weitergeht.

Wenn der „Worst Case" für die „netzpolitischen Freiheitskämpfer" einträte, also sämtliche Daten aller Bürger bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag in den Händen einer „vertrauenswürdigen" Behörde sein sollten, dann wollte das der Wähler so, Datenleaks inbegriffen. Damit muss man dann leben. Kommt eine Vorratsdatenspeicherung im herkömmlichen Sinne nicht, wird das niemand merken. Und die Diskussion würde garantiert aufs Neue geführt.

** Alle Zitate von Patrick Breyer*

Die Quellen zu diesem Beitrag finden Sie auf nitromagazin.com

Burkhard Schröder
Vom Autor erschien 2008 das Buch „Die Online-Durchsuchung: Rechtliche Grundlagen, Technik, Medienecho" (Telepolis) (zusammen mit Claudia Schröder).

Organisierte Verantwortungslosigkeit

„Ich möchte heute über meinen Kulturbegriff sprechen. Mein Kulturbegriff ist nämlich ein sehr unterkomplexer. Ich möchte, dass jeder Mensch in der Lage ist, Kultur zu konsumieren. Ich bin ein Kind zweier Buchhändler und ich bin großgeworden mit dem Verkaufen von Büchern, also dem Verkaufen von Kultur. Ich habe jetzt einen neuen Job. Ich habe eine neue Aufgabe in meinem Leben: das Näherbringen von Kultur. Am Sonntagabend in der *ARD* als neuer Moderator von *titel, thesen, temperamente*. Diese Nachricht bereitet mir große Freude, weil ich mir kaum etwas Schöneres vorstellen kann, als Menschen zu zeigen, was uns allen so zur Verfügung steht, mit dem wir uns beschäftigen können. Vielen Dank." So Thilo Mischke am 19. Dezember 2024 auf dem Instagram-Kanal von *titel, thesen, temperamente (ttt)*.

Von Heiko Hilker

Es ist davon auszugehen, dass dies sein Herangehen an die Moderation der Sendung ist, dass dieses Herangehen einer der Gründe war, weshalb er ausgewählt wurde. Insoweit kann man ihm für seine Offenheit danken. Der Post legte vor allem offen, was sich die Entscheider bei der *ARD* vom Moderator wünschen. Allerdings ist das etwas anderes, als es das bisherige Publikum erwartet.

Wenn man ein neues Publikum erreichen will, dann gibt es zwei Wege: Zum einen kann man ein bestehendes Format verändern. Allerdings ist fraglich, ob man so das neue Publikum erreicht. Zum anderen kann man ein neues Format entwickeln und dafür sorgen, dass es sein Publikum findet. Das wäre für Thilo Mischkes Kulturanspruch der bessere Weg gewesen, zumal *Das Erste* mehr Kultur vertragen kann. Schließlich gibt es nur ein regelmäßiges Kulturangebot in der Woche, sonntags nach 23 Uhr.

Und es wäre auch die bessere Entscheidung für *ttt* gewesen. Schließlich hätte *ttt* sonst zwei sehr unterschiedliche Moderatoren mit unterschiedlichem Verständnis gehabt. (Siham El-Maimouni moderierte *ttt* seit 2021 schon einmal im Monat.)

Erstens: Fehlende (Krisen)Kommunikation

Als die Kritik hochkochte, nahm die Redaktion nach vier Tagen Stellung. „Eines vorweg: Wir hören euch. *ttt* versteht sich als Magazin und Social-Media-Marke, die sich konsequent mit Themen wie Sexismus und toxischer Männlichkeit auseinandersetzen. Ein Blick in unseren Feed zeigt das. […] Wir nehmen eure Kritik ernst. Deswegen gibt es bereits seit Tagen intensive Gespräche, um die Vorwürfe zu prüfen. Wir bitten euch an dieser Stelle um eines: Zeit. Wir wollen das Thema aufarbeiten und uns gründlich mit den geäußerten Sorgen auseinandersetzen. Wir sitzen das nicht aus." Allerdings schwieg man dann bis zum 4. Januar. Da erklärte die *ARD*: „Die Kulturchefinnen und Kulturchefs der an der *ARD*-Gemeinschaftsproduktion *ttt – titel thesen temperamente* beteiligten Landesrundfunkanstalten haben entschieden, von Journalist Thilo Mischke als Moderator abzusehen. Thilo Mischke ist ein anerkannter Journalist und mehrfach preisgekrönter Reporter. Doch die in den vergangenen Tagen entstandene heftige Diskussion um die Personalie Thilo Mischke überschattet die für uns zentralen und relevanten Themen, die wir mit der Sendung und Marke *ttt* transportieren und gemeinsam mit der Community diskutieren möchten so, dass dies nicht mehr möglich ist. Thilo Mischke und die *ARD* sind sich einig darin, dass es nun vor allem darum geht, einen weiteren Rufschaden von *ttt* und Thilo Mischke abzuwenden." Und Christine Strobl, *ARD*-Programmdirektorin, stellte fest: „Wir setzen auf einen respektvollen, menschlichen Umgang – das gilt auch bei aller Kritik. Daher haben wir in den vergangenen Tagen viele Gespräche geführt, auch mit Thilo Mischke, den wir schätzen. Diese setzen wir in den nächsten Tagen fort und werden gemeinsam mit Thilo Mischke die Thematik journalistisch aufarbeiten." Schuld waren also die Kritiker, war die öffentliche Debatte, nicht die *ARD*. Dabei hat sich die *ARD* der Debatte gar nicht gestellt.

Die Entscheider haben Verlierer produziert: Das Format, der Moderator, die *ttt*-Redaktionen, die *ARD* und der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurden beschädigt.

Foto: Jamie Street, unsplash

Trotz der Veränderungen im Medienstaatsvertrag änderte sich am Programm nicht viel. Kulturelle Vielfalt wird weder am Vorabend noch in der Prime Time geboten.

Zweitens: Unprofessionalität der Verantwortlichen

Es war klar, dass es an der Auswahl des Moderators Kritik geben wird. Buchtitel und Bücher sowie Äußerungen in Podcasts waren öffentlich. Darauf kann man sich vorbereiten.

Wenn man im Wissen um mögliche Kritik einen Protagonisten auswählt, dann muss man die Kritik auch aushalten. Dann ist man auf die öffentliche Auseinandersetzung so vorbereitet, dass man auch an ihm festhalten kann.

Dies war hier offensichtlich nicht der Fall. Ein Versprechen, Probleme zu klären und Kritik nicht nur auszusitzen, muss man auch halten. Mit ausweichenden Statements, die auf Kritik nicht substanziell reagieren, befördert man diese Kritik nur noch weiter.

Drittens: Die Widersprüche zwischen Redaktionen und Entscheidern

ttt wird im wöchentlichen Wechsel von sechs Redaktionen der *ARD*-Landesrundfunkanstalten verantwortet: *BR, hr, MDR, NDR, WDR, rbb*. Michael Hanfeld hat sich für die *FAZ* tiefer in die Entscheidungswege eingearbeitet. Es habe schon im Juni 2024 ein Casting mit fünf Kandidaten gegeben. Im Ergebnis habe ein anderer Kandidat die Mehrheit der beteiligten Kulturredaktionen hinter sich gehabt. Bei einer Zuschauerbefragung im Oktober habe Mischke in der Kategorie Jugendlichkeit vorne gelegen, jedoch nicht bei Seriosität oder kultureller Kompetenz. Es gab in den Redaktionen viele kritische Stimmen, doch die Kulturchefs setzten sich darüber hinweg. Über ihre Gründe kann man nur spekulieren, denn Offenheit nach außen gehört nicht zum Selbstverständnis der *ARD*. Wie viele Redakteure sich im vergangenen Jahr kritisch zu Mischke geäußert haben, mochte die *ARD* der Berliner Zeitung nicht mitteilen. Waren es nur vereinzelte Stimmen? Große Teile der Redaktionen? Vielleicht wollten die Kulturchefs vor allem junges Publikum und Reichweite „kaufen“ und hofften, dass der Moderator einen Teil seines Publikums mitbringt. Der *BR* erhoffte sich durch die Präsenz im Fernsehen möglicherweise eine Reichweitensteigerung für den mit Jule Lobo geplanten Podcast *ttt für die Ohren*. Dirk Knipphals fasst das für die taz so zusammen: „Offenbar aber müssen sich die Kulturredaktionen der *ARD* gegen ein im Grunde kulturfernes Management durchsetzen – und können das nicht.“ Offensichtlich ist es an der Zeit, die Verhältnisse umzukehren. Die Redaktionen brauchen mehr Macht. Ein Weg wäre, dass sich die Redaktionsleiter der Wahl durch die Redakteure stellen müssen, so wie es schon beim *ORF* Praxis ist.

Viertens: Die Verantwortungsträger übernehmen keine Verantwortung

Die Frage, wer Thilo Mischke zu dem Casting einlud, wer es leitete und die Sieger auswählte, beantwortet Christine Strobl bisher nicht. Dabei hatte sie doch am 4. Januar eine „journalistische Aufarbeitung“ beschlossen. Diese Aufarbeitung blieb sie bis jetzt schuldig. Glaubt sie, dass auf eine Aufarbeitung weitere Kritik folgt oder gefordert wird, dass die Verantwortlichen Konsequenzen ziehen müssen?

Verantwortlich sind die Kulturverantwortlichen der Sender, die sich für die Entscheidung aussprachen. Verantwortlich sind die Kulturdirektoren der Sender, die über die Entscheidung informiert wurden. Verantwortlich ist die Kulturkoordinatorin der *ARD*, *MDR*-Programmdirektorin Jana Brandt. Und verantwortlich ist insbesondere Christine Strobl als Programmdirektorin. Sie alle sollten einmal offenlegen, welches Kulturverständnis sie haben. Dann könnte man sehen, ob sie damit noch zum Programmauftrag passen. Es muss endlich offengelegt werden, wer den kulturellen Anspruch des „Ersten“ senken will. Und es sollte bekannt werden, wer in der *ARD* dagegen ist, die Kulturangebote im *Ersten* auszubauen.

Schließlich wurde Mitte 2023 der Medienstaatsvertrag novelliert. Dabei wurde unter anderem die Kultur aufgewertet. Der Gesetzgeber legte fest, dass die Vielfalt, zu der Kultur, Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung gehören, „über alle Tageszeiten hinweg in den (Fernseh-)Vollprogrammen wahrnehmbar sein“ muss. Zu Kultur gehören dabei „Bühnenstücke, Musik, Fernsehspiele, Fernsehfilme und Hörspiele, bildende Kunst, Architektur, Philosophie ►

Christine Strobl, ARD-Programmdirektorin stellte fest: „Wir setzen auf einen respektvollen, menschlichen Umgang – das gilt auch bei aller Kritik.“

und Religion, Literatur und Kino“. Doch trotz der Veränderungen im Medienstaatsvertrag änderte sich am Programm nicht viel. Weiterhin startet *ttt* sonntags erst nach 23 Uhr. Kulturelle Vielfalt wird weder am Vorabend noch in der Prime Time geboten.

Doch wenn man an den Sendeplätzen nichts ändert, auch keine neuen Sendungen entwickelt und anbietet, kann man zumindest mit neuen Moderatoren Veränderung suggerieren und auf eine Verjüngung hoffen. Die Programmdirektorin Christine Strobl, die Kulturkoordinatorin Jana Brandt sowie die Kulturchefs der Sender müssen mit der Personalie Thilo Mischke bestimmte Ziele verfolgt haben. Bisher haben sie nicht dargelegt, ob und wie sie diese Ziele in Zukunft erreichen wollen.

Allerdings wurde durch die Debatte zumindest deutlich, dass es höhere Ansprüche an öffentlich-rechtliche Kulturberichterstattung gibt, als die Kulturchefs es sich vorstellen können.

Die Entscheider haben vor allem Verlierer produziert: Das Format, der Moderator, die *ttt*-Redaktionen, die *ARD* und der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurden beschädigt. Die Kosten trägt der Beitragszahler. Schließlich gibt es schon einen unterzeichneten Vertrag. Für die Entscheider bleibt das ohne Konsequenzen. Die Verantwortung übernahm bisher niemand – zumindest ist in der Öffentlichkeit nichts davon bekannt. (Stand: 31. Januar 2025)

Fazit:
Es war die einzige Entscheidung, die im Jahr 2024 im Kulturbereich für „Das Erste“ zu treffen war. Wenn man alles zusammennimmt, die öffentliche Kommunikation per Social Media und Presserklärungen, die komplexen Entscheidungswege und -gremien, die Auswahlkriterien und das Auswahlverfahren, wird deutlich, woran die *ARD* krankt: Es ist organisierte Verantwortungslosigkeit.

PressCreditCard

Urlaubsreisen mit der Verbandskreditkarte

Foto: Julius Silver

Musteransicht der Karte

Wer seinen Urlaub mit der PressCreditCard bucht, kann bares Geld sparen

Kosten für Urlaubsreisen werden auch in diesem Jahr wieder einmal teurer. Um diese Kosten zu mindern, kann man zum Beispiel Frühbucherrabatte nutzen. Bei Bezahlung mit der PressCreditCard können dabei Rabatte von fünf Prozent erzielt werden. Eine Übersicht über mögliche Ersparnisse hält die herausgebende Advanzia-Bank über den Link **http://www.urlaubsplus.com/advanzia** bereit.

Bei der Reiseplanung gibt es aber einiges zu beachten. Gewünschte Reisezeit, Personenanzahl, Ziele, Verkehrsmittel, Kosten, Buchung, Bezahlung, alles muss bedacht werden. Und natürlich will man dann auch die Sicherheit haben, dass, wenn z. B. aus gesundheitlichen Gründen eine Stornierung der Reise erforderlich ist, der Reisepreis weitgehend erstattbar ist. Dazu sind Versicherungen wie eine Reiserücktrittsversicherung erforderlich.

Die PressCreditCard beinhaltet Versicherungen, ohne dass hierfür extra Kosten anfallen. Reiserücktritt, Reiseabbruch, Reiseausfall, Reiserücktransport, Auslandsreisekrankenversicherung, Unfallversicherung, Diebstahl, Flug- und Verspätungs-Versicherung sind für den Karteninhaber und bis zu drei weitere mitreisende Personen in der Verbandskreditkarte kostenlos inkludiert. Voraussetzung ist, dass 50 Prozent der gesamten Reisekosten vor Reiseantritt mit der Verbandskreditkarte bezahlt wurden.

Die Reiserücktrittsversicherung ist bereits bei Reiseanzahlung mit der Verbandskreditkarte z. B. im Reisebüro aktiv. Bei der Anzahlung müssen nicht 50 Prozent der Reisekosten bezahlt werden.

Weitere Informationen finden Sie im Netz unter **www.presscreditcard.de**

PRESSE Ball BERLIN

~ SEIT 1872 ~

- TRADITION DIE VERBINDET -

24. JANUAR 2026

JW MARRIOTT HOTEL BERLIN

20% RABATT AUF ALLE KARTEN KATEGORIEN FÜR MITGLIEDER IM

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

RABATTCODE: DPV IM ONLINESHOP ANGEBEN

WWW.PRESSEBALL.DE

KI lernt schreiben

Korrekte Textdarstellung durch bildgenerative KI

Noch vor einem Jahr gingen selbst viele Fachleute davon aus, bildgenerative KI könne prinzipiell keine korrekten Texte wiedergeben, weil das einfach nicht dazu passe, wie sie mit Bildern trainiert werde und Daten verarbeite und speichere. Inzwischen hat sich da viel getan. Textdarstellung ist zwar noch lange nicht perfekt, wird aber immer besser.

Von Doc Baumann

Die Fähigkeit bildgenerativer Künstlicher Intelligenz, korrekte Buchstaben, Wörter und Sätze darzustellen, ist relativ neu. Und sie wird bei Weitem noch nicht von allen Modellen unterstützt. So kann das auch von vielen Profis verwendete Midjourney zwar einzelne Buchstaben richtig erzeugen, scheitert aber schon bei ganzen Wörtern. Dasselbe gilt für Firefly und die meisten anderen KIs.

Die Anforderung besteht nicht darin – anders als zum Beispiel bei einem Bildbearbeitungsprogramm wie Photoshop –, einfach Schrift in einem Textfeld anzuzeigen (eine Funktion, die neuerdings Ideogram implementiert hat). Was verlangt wird, ist, dass sich solche Texte unter allen Aspekten in die restliche Szene einfügen. Wie die Aufmacherillustration oben zeigt, bedeutet das etwa, dass die Buchstaben der Perspektive des Bildes folgen, ihre Vertiefungen der Beleuchtungssituation entsprechen oder Schlagschatten auf sie fällt. Buchstaben können bei Neon-Schrift oder den Beispielen auf der folgenden Doppelseite eigenständige dreidimensionale Objekte sein. (Das Bild oben wurde mit Ideogram erzeugt und mit dem Upscaler von Deep Dream Generator optimiert.)

Die beiden einzigen der von mir getesteten KI-Modelle, die auch etwas längeren Text weitgehend – meist aber noch nicht fehlerfrei – darstellen können, sind Ideogram und das Flux-Modul von Deep Dream Generator. (Ideogram erlaubt pro Tag ohne Abo bis zu fünf kostenfreie Bildgenerierungen mit leicht eingeschränkter Funktionalität.)

Bei noch längeren Texten allerdings, wie die Versuche mit einem Brief von Friedrich Nietzsche zeigen, häufen sich die Fehler so stark, dass auch mit einer nachträglichen manuellen Korrektur etwa in Photoshop nur mit viel Aufwand etwas professionell Verwertbares entsteht. Dennoch sind die bisherigen Fortschritte bemerkenswert und erlauben die Erzeugung von Bildern, die so zuvor nicht realisierbar waren.

01 Neon-Schriftzug mit Ideogram

Bei einzelnen Buchstaben und Wörtern habe ich die besten Erfahrungen mit Ideogram gemacht, selbst bei einem Neologismus wie „Promptologie", für den es wohl kaum einen Datenbankeintrag gibt. Eine Festlegung des verwendeten Fonts ist bisher nicht möglich, aber die KI wählt oft eine Schriftdarstellung, die gut zur dargestellten Szene passt. Bei den Versuchen, die in den Abbildungen 7 und 8 vorgestellt werden, wurde aber oft auch eine anachronistische serifenlose Linearantiqua (Grotesk) eingefügt.

02 Deep Dream Generator

Der Text-Prompt war immer derselbe: „Detailliertes Nachtfoto einer eleganten modernen Hausfassade mit leuchtenden Neon-Buchstaben ‚PROMPTOLOGIE', asymmetrisch angebracht, gerendert in leuchtend elektrischem Blau. Die minimalistische Betonwand hat subtile Texturdetails, beleuchtet von Mondlicht und Neon-Reflexen. Regennasse Oberflächen erzeugen glänzende Spiegelungen auf dem Boden." Das Flux-Modul aus Deep Dream Generator hat hier sogar eigenständige, aber plausibel gestaltete Variationen der Buchstaben P und R vorgenommen.

03 Neon-Schrift in Midjourney

Ausgerechnet der Platzhirsch Midjourney enttäuscht bei Textdarstellung. Ganz davon abgesehen, dass die Befolgung von Textprompts in der Regel bei Ideogram wesentlich besser funktioniert, hält sich Midjourney bei Anforderungen, die über wenige Buchstaben hinausgehen, nicht an die Vorgaben und erzeugt auch immer wieder Zeichen, die zwar auf den ersten Blick an lateinische Buchstaben erinnern, tatsächlich jedoch phantasievolle Varianten davon sind … ganz wie man das früher in vergleichbaren Fällen erlebte. Dafür wirken oft die Details überzeugender.

04 Ideogram: Nietzsche-Brief

1876 schrieb Friedrich Nietzsche einen Liebesbrief an Mathilde Trampedach, in dem es unter anderem heißt: „Nehmen Sie all Ihren Mut Ihres Herzens zusammen, um vor der Frage nicht zu erschrecken, die ich hiermit an Sie richte: Wollen Sie meine Frau werden? Ich liebe Sie und mir ist es, als ob Sie schon zu mir gehörten." Bereits nach „Herzens" fehlt das erste Wort, dann folgt ein „dor" vor „der", „Frige" statt „Frage", und so fort. (Das „1880" oben habe ich zu verantworten, allerdings war „um 1880" gar nicht Bestandteil der Textanforderung, die bei allen KI-Modellen in Anführungszeichen gesetzt werden muss.) ▶

05 Deep Dream Generator: Brief

Von der Anmutung der Schreibschrift her ist diese Textumsetzung durch Deep Dream Generator, Modell Flux, deutlich besser gelungen als die von Ideogram, wo der Schriftstil nicht zu der Zeit um 1880 passt. Allerdings trifft dieses Lob nur auf den ersten Blick zu – auf den zweiten erweist sich der schöne Brief als weitgehend „halluziniert", und es finden sich darin nur ein paar Schnipsel dessen, was Nietzsche tatsächlich geschrieben hatte. Und ähnlich wie beim Ideogram-Beispiel passt das Schreibgerät nicht zur Zeit, vom Clip an der falschen Stiftseite ganz abgesehen.

06 Midjourney: Nietzsche-Brief

Ähnlich sieht es mit dieser Textgenerierung von Midjourney aus. Auch hier erscheint der Handschriftenstil des geschriebenen Textes überzeugender und auch die ersten Wörter entsprechen tatsächlich denen des Briefes. Danach geht es allerdings ungezügelt weiter, auch wenn zwischendurch immer mal ein paar Wörter auftauchen, die der Vorgabe entsprechen. Zudem ist der Text viel zu lang. Ebenso phantasiert ist das links oben liegende Objekt, das wohl ein Schreibgerät sein soll. Fazit also: Schön anzusehen, aber praktisch kaum zu verwenden.

07 Ideogram: Römische Inschrift

Eine gelungene Umsetzung des Text-Prompts bietet dieses Bild von Ideogram; bis auf das überzählige L in der ersten Zeile ist der Text korrekt dargestellt, auch die Verwendung der römischen Capitalis ist stimmig. Sogar der Umlaut „Ü" wird richtig angezeigt. Weniger befriedigend ist in diesem Fall allerdings die Gesamtkomposition; die angeforderten Personen stehen recht langweilig und wenig dynamisch in Reih' und Glied nebeneinander. Umsetzungen anderer KIs ließen sie allerdings weder in Richtung der Tafel blicken noch war die Architektur für das antike Rom stimmig und zeigte oft auch Renaissancebauten.

08 Deep Dream Generator: Inschrift

Diese Umsetzung des Prompts durch das Flux-Modul von Deep Dream Generator ist zwar visuell deutlich spannender, was die Inschrift betrifft jedoch mangelhaft – allerdings immer noch weit besser als in allen sonstigen getesteten KIs mit Ausnahme von Ideogram. Der Stil der Inschrift ist passend, weist aber viele Fehler auf (und die KI kann nicht mal ihren eigenen Namen richtig schreiben). Zudem schaut keiner der Römer zu der Inschrift auf, und dass so viele rote Togas tragen, ist historisch bedenklich: Die waren – purpurfarben – Triumphatoren beim Triumphzug, Konsuln bei der Amtseinführung und Kaisern vorbehalten.

09 Alphabete: Ideogram, Firefly

Leider hat Adobe die Texteffekte von Firefly abgeschaltet, mit denen sich bis zu 20 als Bildobjekte gestaltete Buchstaben erzeugen ließen. Da die KIs bei vergleichbaren Anforderungen wenig brauchbare Ergebnisse liefern, kann man sich in Ideogram ein ganzes Alphabet mit angeforderten Merkmalen generieren lassen (links klassisch, Mitte aus Erdnüssen) und die Zeichen später in einem Bildbearbeitungsprogramm kombinieren. Allerdings fehlen immer einzelne Buchstaben. Auch Firefly (rechts) erzeugt solche Alphabete von A bis Z, lässt aber noch mehr Buchstaben aus oder verzerrt sie.

10 Bildhafte Alphabete

Zahlreiche Versuche in Ideogram, ein aus krabbelnden Ameisen zusammengesetztes Alphabet (inspiriert durch den Katalogumschlag der documenta 5) zu generieren, blieben erfolglos; das Beispiel in der linken Hälfte war noch das brauchbarste. Entsprechende Aufforderungen an Midjourney laufen ohnehin ins Leere; vom gewünschten Alphabet wurden lediglich die drei Buchstaben PAY ausgegeben. Die entsprechen aber in ihrer bildhaften Gestaltung dem Prompt deutlich besser. Mal sehen, was sich da in der nächsten Zeit noch tun wird.

11 Einzelne Buchstaben 1

In meinem neuen Buch „KI-Bilder – künstlich oder auch künstlerisch" lasse ich jedes Kapitel mit einer bildhaften Initiale beginnen. Die Prompt-Anforderung lautete hier, die KI solle einen Affen darstellen, der einen W-förmigen Ast in den Händen hält und auf ihm herumkaut. (Es geht in dem Kapitel um die Rechte an der Aufnahme eines Makaken, der durch Druck auf den Auslöser einer Kamera ein „Selbstporträt" erzeugt hatte.) Ideogram (links) setzte den Prompt nach einigen Versuchen sehr gut um (bis hin zu Bissspuren), Midjourney integrierte zwar den Buchstaben, aber nie in der gewünschten Weise.

12 Einzelne Buchstaben 2

Verzichtet man auf längere Texte und begnügt sich mit Einzelbuchstaben, kommen fast alle KIs zu befriedigenden Ergebnissen. Hier sollte ein „K" als Initiale aus traditionellen Mal- und Zeichenwerkzeugen zusammengesetzt werden. Von links nach rechts: Midjourney, Leonardo/Flux, Deep Dream Generator/ArtFusion und Deep Dream Generator/Flux; untere Reihe: zweimal Ideogram, DALL-E und Firefly. Daraus Wörter zu kombinieren, ist schwierig, weil für andere Buchstaben nicht zusammenpassende Resultate entstehen. Hier sind alle Ergebnisse brauchbar, Firefly fällt mitunter durch übertriebene Ausschmückungen auf.

E-Rechnungspflicht

Was erwartet Freelancer ab Januar 2025?

Ab Januar 2025 wird die E-Rechnung für inländische B2B-Umsätze Pflicht. Davon betroffen sind auch Freelancer, die umsatzsteuerpflichtige Leistungen gegenüber Verlagen und Unternehmen erbringen – also quasi alle Solo-Selbstständigen. In diesem Beitrag erfahren Sie, was eine E-Rechnung ist und wie sich Freelancer auf die kommende Neuregelung vorbereiten sollten.

Von Marion Angerer

Im März letzten Jahres hat der Bundesrat nach langem Ringen das „Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness" verabschiedet, auch bekannt als „Wachstumschancengesetz". Es enthält zahlreiche Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland stärken und Unternehmen entlasten sollen. Eine davon ist die Einführung der E-Rechnungspflicht seit dem 1. Januar 2025.

Wer ist von der E-Rechnungspflicht betroffen?

Die E-Rechnungspflicht betrifft alle Unternehmen und damit auch alle Selbstständigen, die innerhalb Deutschlands eine umsatzsteuerpflichtige Leistung für ein anderes Unternehmen erbringen. Das heißt, sie müssen elektronische Rechnungen empfangen und verarbeiten sowie selbst versenden können. „Der Gesetzgeber räumt jedoch gewisse Übergangsfristen ein, um gerade kleinen Unternehmen und Solo-Selbstständigen die Umsetzung zu erleichtern", erklärt Thomas Maas von freelancermap, der größten Freelancing-Plattform im deutschsprachigen Raum. „Bis Ende 2026 dürfen sie noch Papierrechnungen und – mit Zustimmung des Rechnungsempfängers – zum Beispiel auch PDF-Rechnungen verschicken." Ab 2027 sind Unternehmer und Unternehmerinnen mit einem Vorjahresumsatz von über 800.000 Euro verpflichtet, E-Rechnungen auszustellen. Ab 2028 gibt es dann keine Ausnahmen mehr. Nicht unter die E-Rechnungspflicht fallen für Endverbraucher erbrachte Leistungen, Kleinstbetragsrechnungen bis 250 Euro sowie Fahrscheine. Für Freelancer, die Projekte für öffentliche Auftraggeber durchführen, ist die E-Rechnungspflicht übrigens nichts Neues: Sie müssen ihre Rechnungen bereits seit mehreren Jahren grundsätzlich digital im Format XRechnung einreichen.

Was ist eine E-Rechnung?

Eine E-Rechnung ist gemäß der EU-Richtlinie 2014/55/EU und dem Rechnungsstandard EN 16391 ein strukturierter Datensatz, der elektronisch erstellt, übertragen, empfangen und bearbeitet werden kann. Papierrechnungen sowie digitale Rechnungen in nicht strukturierten Formaten – etwa in Form eines PDF – gelten ab 2025 als „Sonstige Rechnungen". „Die hierzulande bereits eingesetzten elektronischen Rechnungsformate XRechnung und ZUGFeRD in der jeweils aktuellen Version erfüllen die Kriterien einer strukturierten E-Rechnung. Das hat das Bundesfinanzministerium bereits bestätigt", sagt Maas. Laut dem IT-Branchenverband Bitkom nutzen 96 Prozent der großen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern diese strukturierten E-Rechnungsstandards bereits. Bei kleineren Firmen und Solo-Selbstständigen sind die Formate jedoch vielfach noch nicht in Gebrauch – 2023 hätten acht Prozent der Unternehmen ihre Rechnungen sogar noch per Post auf Papier verschickt.

Wie können sich Freelancer vorbereiten?

Solo-Selbstständige sollten sich rechtzeitig auf die seit Anfang 2025 geltenden gesetzlichen Regelungen vorbereiten und die technologischen Voraussetzungen schaffen. Denn selbst, wenn für ihre eigene Rechnungsstellung noch Ausnahmen gelten, müssen sie eingehende E-Rechnungen verarbeiten können. „Freelancer sollten möglichst zügig mit Vertragspartnern abklären, welches Rechnungsformat diese während der Übergangsfrist bevorzugen. Im zweiten Schritt gilt es sicherzustellen, selbst E-Rechnungen in einem rechtskonformen Format zu erstellen und zu verarbeiten. Dies ist nicht nur auf der technologischen Ebene eine Herausforderung, sondern auch steuerrechtlich, etwa was die revisionssichere Archivierung von Rechnungen angeht. Es empfiehlt sich für Solo-Selbstständige, während der Umsetzung Rücksprache mit einem Steuerberater sowie einem IT-Experten zu halten. Sie können eventuelle Schwierigkeiten frühzeitig erkennen und praktikable Lösungen anbieten.

Die E-Rechnungspflicht als Chance

Von vielen Solo-Selbstständigen wird die E-Rechnungspflicht als Zwangsmaßnahme empfunden, da sie einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand befürchten. Aber es gibt vor allem Vorteile, sagt Thomas Maas von freelancermap: „Mit der Umsetzung der E-Rechnungspflicht macht Deutschland einen riesigen Schritt in Richtung Digitalisierung. Denn im Zusammenspiel mit moderner Rechnungssoftware ermöglicht die E-Rechnung, Rechnungswesen und Buchhaltung zu einem großen Teil zu automatisieren. Manuelle Bearbeitungsschritte werden auf ein Minimum reduziert, wodurch sich Freelancer auf ihre eigentlichen, wertschöpfenden Aufgaben konzentrieren können. Die E-Rechnungspflicht ist daher eine Chance für Freelancer, ihr Projektgeschäft zukunftssicher aufzustellen."

Quelle: comcepta

Foto: Andrey Popov

Fragerunde Presserecht

In der Zoom-Veranstaltung steht Ihnen ein Fachanwalt Rede und Antwort

Recht teilt sich in die drei großen Rechtsgebiete Zivilrecht, öffentliches Recht und Strafrecht. Zum Recht gehören staatlich erlassene Rechtssätze (Gesetze, Verordnungen, völkerrechtliche Verträge, Richterrecht usw.) sowie staatlich anerkannte Rechtssätze (Kirchenrecht, Handelsgewohnheitsrecht, in begrenztem Umfang auch Naturrecht).

Die Fragerunde Presserecht findet an jedem 1. Donnerstag im Januar, April, Juli und Oktober jeweils um 10 Uhr per Zoom statt.

Und mit fast allem können Journalistinnen und Journalisten während ihrer Berufsausübung in Berührung kommen. Entsprechend groß ist die Nachfrage der dem DPV und der bdfj angeschlossenen Berichterstatter beispielsweise nach der wöchentlich stattfindenden Rechtsberatung. Deswegen haben wir uns entschlossen, mit der Fragerunde Presserecht ein weiteres Format aufzulegen, welches an jedem 1. Donnerstag im Januar, April, Juli und Oktober jeweils um 10:00 Uhr per Zoom stattfindet.

Die Form der Fragerunde wird eingesetzt, um die Teilnehmer aktiv einzubinden, Fragen zu den behandelten Themen zu beantworten und einen Dialog zu führen. Sie dient dazu, den Austausch zu fördern, vertiefende Einblicke zu ermöglichen und direkte Rückmeldungen zwischen Publikum und Referent zu ermöglichen. Teilnehmer können Fragen zum Thema stellen, um ihr Verständnis zu vertiefen.

Ihr Spezialist für Medien- und Presserecht

Mit dem Rechtsanwalt und Journalisten Olaf Kretzschmar haben wir einen Spezialisten im Bereich Medien- und Presserecht für unsere Mitglieder gewonnen, welcher in der rechtlichen Beratung für die Berufsverbände federführend tätig ist. Olaf Kretzschmar leitet eine eigene Kanzlei und hat für Ihre Fragen ein offenes Ohr.

Mitglieder finden den nötigen Zoom-Link zur Fragestunde Presserecht im Mitgliederbereich „Mein DPV“ (www.dpv.org) bzw. „Meine bdfj“ (www.bdfj.de), bitte jeweils Mitgliedsnummer und PIN bereithalten. Die Fragerunde Presserecht ist exklusiv für Journalisten der Berufsverbände bestimmt und kostenfrei im Rahmen der Mitgliedschaft enthalten.

Die Journalistenverbände DPV und bdfj bieten Beratung und Information zu Fragen des Presserechts, helfen bei Rechtsproblemen und vertreten die Interessen der Journalisten auf Landes- und Bundesebene. Nutzen Sie die wöchentliche Rechtsberatung der Berufsverbände DPV und bdfj für eine individuelle Konsultation. Informationen dazu finden Sie unter www.journalistenberatung.com. Außerdem veranstalten wir regelmäßig Online-Seminare zu Themen aus dem Presserecht.

Digitale Überwachung in Deutschland

Zwischen Sicherheitsinteresse und Grundrechtsschutz

Von Olaf Kretzschmar

Ein juristischer Blick auf aktuelle Gesetzesvorhaben und verfassungsrechtliche Grenzen digitaler Überwachung in der Bundesrepublik.

In einer zunehmend digitalisierten Welt ist die Frage nach dem Gleichgewicht zwischen staatlicher Sicherheit und dem Schutz individueller Grundrechte aktueller denn je. Deutschland steht hierbei besonders im Fokus: Einerseits besteht ein legitimes Interesse an der Gefahrenabwehr und Terrorismusbekämpfung, andererseits garantiert das Grundgesetz hohe Standards für Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung. Aktuelle Gesetzesinitiativen und gerichtliche Entscheidungen rücken dieses Spannungsverhältnis erneut ins Zentrum der juristischen und öffentlichen Debatte.

Das neue BKA-Gesetz – ein sicherheitspolitischer Drahtseilakt?

Im Februar des Jahres hat die Bundesregierung einen Entwurf zur Reform des BKA-Gesetzes vorgelegt. Ziel sei es, das Bundeskriminalamt technisch und rechtlich in die Lage zu versetzen, Straftaten effektiver zu bekämpfen – insbesondere im Bereich des internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität und der Cyberkriminalität.

Zentraler Punkt des Entwurfs ist der erweiterte Einsatz sogenannter Quellen-TKÜ (Telekommunikationsüberwachung an der Quelle) und Online-Durchsuchungen. Beide Maßnahmen ermöglichen es Ermittlungsbehörden, digitale Kommunikation bereits vor der Verschlüsselung direkt an der Quelle – etwa auf Smartphones oder Laptops – abzufangen. Kritiker sprechen von einem „staatlich angeordneten Hack", der tief in die Privatsphäre eingreife.

Der Entwurf sieht zudem vor, dass das BKA in bestimmten Fällen präventiv tätig werden darf, also ohne konkreten Anfangsverdacht. Diese Ausweitung der Befugnisse wirft grundlegende verfassungsrechtliche Fragen auf – insbesondere im Hinblick auf das Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, das das Bundesverfassungsgericht 2008 in einem vielbeachteten Urteil als Grundrecht etabliert hat.

Verfassungsrechtliche Bedenken – Stimmen aus Karlsruhe

Bereits im Vorfeld der Gesetzesinitiative hatte sich das Bundesverfassungsgericht kritisch gegenüber der bisherigen Praxis der Überwachung geäußert. In einem Urteil vom Juli 2023 erklärte es Teile des alten BKA-Gesetzes für verfassungswidrig, insbesondere weil der Schutz von Berufsgeheimnisträgern – wie Journalisten, Rechtsanwälten oder Ärzten – unzureichend geregelt war.

Diese Entscheidung hat Signalwirkung. Denn sie unterstreicht, dass selbst in sicherheitsrelevanten Kontexten Grundrechte nicht relativiert werden dürfen. Die richterliche Kontrolle, Verhältnismäßigkeit und Zweckbindung sind nach wie vor zentrale Säulen eines freiheitlichen Rechtsstaats.

Für Journalisten ist diese Entwicklung von besonderem Interesse: Sie sind in ihrer Arbeit auf Vertraulichkeit angewiesen – etwa beim Schutz von Quellen oder bei investigativen Recherchen. Wenn Überwachungsmaßnahmen diese Vertrauensverhältnisse gefährden, steht nicht weniger als die Pressefreiheit auf dem Spiel.

Vorratsdatenspeicherung – ein wiederkehrender Streit

Ein weiterer Brennpunkt ist die anhaltende Debatte um die Vorratsdatenspeicherung. Die Bundesregierung hatte im Herbst 2024 einen neuen Anlauf unternommen, eine grundrechtskonforme Regelung auf den

Abbildung oben: Gerd Altmann

Weg zu bringen – nach dem Motto: „Speichern ja, aber zielgerichtet“. Der Vorschlag sah eine begrenzte Speicherung von IP-Adressen für einen Zeitraum von zehn Wochen vor, ausschließlich zur Aufklärung schwerer Straftaten.

Doch auch dieser Entwurf wird von Datenschutzexperten kritisch gesehen. Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Ulrike Franke, warnte im Januar 2025 vor einem „Dammbruch“: „Jede Ausweitung staatlicher Speicherpraxis erzeugt einen Präzedenzfall. Was heute eine Ausnahme ist, kann morgen zur Regel werden.“

Auch der Europäische Gerichtshof hat in mehreren Urteilen klargemacht, dass eine anlasslose, flächendeckende Vorratsdatenspeicherung gegen EU-Recht verstößt. Eine gezielte, anlassbezogene Speicherung sei zulässig – aber nur unter strengen Auflagen und gerichtlicher Kontrolle.

Eine Gesellschaft im Spannungsfeld

Die aktuelle Debatte zeigt: Deutschland steht an einem juristischen und gesellschaftlichen Scheideweg. Auf der einen Seite wächst das Bedürfnis nach Sicherheit – insbesondere angesichts internationaler Krisen, geopolitischer Spannungen und hybrider Bedrohungslagen. Auf der anderen Seite steht das hohe Gut der informationellen Selbstbestimmung, das zu den Eckpfeilern einer offenen, demokratischen Gesellschaft gehört.

Juristisch betrachtet geht es um die Ausbalancierung konkurrierender Verfassungsgüter: die innere Sicherheit und die Freiheitsrechte der Bürger. Die Rolle der Justiz – insbesondere des Bundesverfassungsgerichts – wird in diesem Prozess entscheidend bleiben. Doch auch die Zivilgesellschaft, Medien und nicht zuletzt die Legislative selbst sind gefordert, sensibel und transparent mit diesen Herausforderungen umzugehen.

Fazit: Journalistische Wachsamkeit gefragt

Für Journalisten ergibt sich daraus nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Die Berichterstattung über digitale Überwachungsmaßnahmen darf sich nicht auf technische oder sicherheitspolitische Aspekte beschränken. Sie muss auch die grundrechtlichen Implikationen thematisieren – und dabei die Perspektive der Betroffenen einnehmen.

Denn Pressefreiheit ist kein Selbstzweck – sie lebt von klaren rechtlichen Rahmenbedingungen, vom Schutz der Quellen und von einer Öffentlichkeit, die bereit ist, für ihre Freiheit einzustehen. Die juristischen Entwicklungen im Bereich der digitalen Überwachung bieten hierfür ein ideales – und zugleich hochaktuelles – Beobachtungsfeld.

Olaf Kretzschmar *ist der Spezialist für Medien- und Presserecht im Journalistenzentrum Deutschland. Er steht den Mitgliedern von DPV und bdfj auch innerhalb der kostenfreien Rechtsberatung für Fragen zur Verfügung. Der Journalist und Hausjustiziar verfasst regelmäßig Fachartikel für die Berufsverbände.*

IMPRESSUM

Herausgeber
Journalistenzentrum Deutschland
Trägerverbände sind der DPV Deutscher Presse Verband – Verband für Journalisten sowie die bdfj Bundesvereinigung der Fachjournalisten. Der DPV ist die tariffreie Spitzenorganisation der hauptberuflichen Journalisten in Deutschland. Die bdfj ist die größte Interessenvertretung exklusiv für zweitberuflich tätige Journalisten in Deutschland.

Redaktion
Journalistenzentrum Deutschland
Red. journalistenblatt
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040/8 99 77 99
Fax 040/8 99 77 79
redaktion@journalistenblatt.de
www.journalistenblatt.de

Chefredakteur
Christian Laufkötter
Stellvertretender Chefredakteur
Shams Ul-Haq
Ständige redaktionelle Mitarbeiter
Walther Bruckschen, Sebastian Gerdes, Martina Haan, Nicole Hermann, Olaf Kretzschmar, Christian Zarm.

Freie Redakteure sind in ihren jeweiligen Artikeln gekennzeichnet.

Mantelproduktion Verlag
Berliner Journalisten Verlagsgesellschaft
Schönhauser Allee 122
D-10437 Berlin
Tel. 030/28 50 43 33
Fax 030/28 50 43 34

Fotos
siehe jeweiliger Bildnachweis.

Mediadaten
Das Medienmagazin journalistenblatt veröffentlicht keine gewerblichen Werbeanzeigen.

Erfüllungsort, Gerichtsstand
Hamburg

V.i.S.d.P.
Andreas Christensen

Erscheinungstermine
Das Medienmagazin journalistenblatt erscheint jedes Jahr im Februar, Mai, August und November. Bei besonderen Anlässen kann der Erscheinungstermin abweichen.

Bezug/Preis
Der Bezug ist in der Mitgliedschaft von DPV und bdfj ohne Aufpreis enthalten. Adressänderungen sind den Berufsverbänden bitte umgehend mitzuteilen.

Archiv und Nachbestellung
Unter www.journalistenblatt.de sind alle Ausgaben des Medienmagazins archiviert und, wenn nicht vergriffen, für Mitglieder als Print kostenfrei nachbestellbar.

www.journalistenblatt.de

Die Veröffentlichungen externer Autoren geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte oder Bilder und Illustrationen kann keine Haftung übernommen werden. In diesem Medienmagazin werden die weibliche, die männliche sowie die diverse Form gleichzeitig gemeint, wenn nicht anders gekennzeichnet. Der Nachdruck ist, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Passives Einkommen für Medienschaffende

Wege zu mehr Unabhängigkeit

Von Walther Bruckschen

In einer sich wandelnden Medienwelt wird finanzielle Unabhängigkeit für viele journalistische Freelancer und PR-Profis zunehmend zum Ziel. Doch wie lassen sich nachhaltige, passive Einkommensquellen erschließen – realistisch, legal und passend zum eigenen Profil? Ein Überblick über Strategien, Chancen und Fallstricke.

Warum sich Gedanken über passive Einnahmen jetzt lohnen

Die Arbeitsrealität vieler Medienschaffender in Deutschland ist geprägt von Projektarbeit, freien Aufträgen und häufig prekären Honoraren. Während Redaktionen sparen und Honorarsätze stagnieren, steigt der Druck, zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen – idealerweise solche, die nicht unmittelbar vom nächsten Auftrag abhängen.

Der Begriff „passives Einkommen" klingt dabei verlockend: einmal etwas aufbauen und dauerhaft Einnahmen generieren. Doch in der Praxis bedeutet passives Einkommen meist: Vorleistung, Durchhaltevermögen und ein gutes Gespür für die eigene Zielgruppe. Dafür winkt mittelfristig mehr finanzielle Freiheit – und Raum für kreative Projekte jenseits des Tagesgeschäfts.

Was ist wirklich „passiv"? Und was nicht?

Wichtig ist eine realistische Erwartung: Wirklich passiv ist kaum eine Einnahmequelle. Selbst automatisierte Prozesse wie Onlinekurse oder E-Book-Verkäufe erfordern regelmäßig Pflege, Updates und Marketing.

Ein sinnvollerer Begriff wäre daher „skalierbares Einkommen", also Einnahmen, die nicht linear vom Zeiteinsatz abhängen. Während ein klassischer Auftrag (z. B. ein Artikel) einmal bezahlt wird, kann ein digitaler Kurs oder ein Buch theoretisch hunderte Male verkauft werden, ohne dass die Arbeit sich multipliziert.

1. Selfpublishing: E-Books, Ratgeber & Whitepaper

Viele Journalisten und Journalistinnen verfügen über tiefes Wissen zu bestimmten Themen – sei es Gesundheit, Politik, Umwelt oder Wirtschaft. Dieses Wissen lässt sich aufbereiten und vermarkten, z. B. als:

- **E-Book** über Amazon Kindle Direct Publishing (KDP)
- **Whitepaper** oder **PDF-Guides** über eigene Websites
- **Themenspezifische Ratgeber** (z. B. „So gelingt Pressearbeit für NGOs")

Beispiel: Die Berliner Journalistin Nicole Diekmann veröffentlichte ihr Buch *„Die Shitstorm-Republik"* im KiWi-Taschenbuch-Verlag. Eine Alternative wäre die direkte Veröffentlichung als E-Book gewesen. Selfpublishing bringt zwar weniger Renommee und Vertriebsunterstützung, aber deutlich höhere Margen.

Wichtig: Auch ohne Verlag braucht es ein gutes Lektorat, ein professionelles Cover und ein Gespür für Zielgruppenmarketing.

2. Digitale Kurse und Webinare

Was früher ausschließlich in Seminarräumen stattfand, lässt sich heute digitalisieren. Wer Erfahrung in Medienarbeit, Journalismus oder PR hat, kann sein Wissen als Onlinekurs auf Plattformen wie **Udemy, elopage** oder **Coachy** anbieten – oder ganz unabhängig über eine eigene Website verkaufen.

Vorteile:

- Einmal produziert, vielfach verkäuflich
- Positionierung als Experte
- Kombinierbar mit begleitender Beratung

Beispiel: Der PR-Berater und -Blogger Klaus Eck bietet regelmäßig Online-Sessions zum Thema „Content-Strategie für Unternehmen" an, teils kostenpflichtig, teils zur Leadgenerierung für größere Projekte.

3. Newsletter mit Bezahlmodell

Bei Plattformen wie **Substack, Krautreporter** oder der Crowdfunding-Plattform **Steady** können Medienschaffende direkt mit ihrem Publikum kommunizieren – und sich für exklusiven Content bezahlen lassen. Das Modell ist besonders spannend für Personen mit Nischenfokus oder einer treuen Community.

So hat der Autor und Journalist Maurice Höfgen mit seinem Newsletter „Geld für die Welt", der über Substack läuft, nach eigenen Angaben schon über 33 000 Nutzer gewonnen.

Beispiel: Der Newsletter „FemMit" nutzt Steady, um Leser regelmäßig hochwertigen Journalismus zu bieten – gegen monatlichen Beitrag. Auch Freelancer wie der Datenjournalist Lorenz Matzat setzen auf diese Modelle (Lorenz' Newsletter).

Wichtig: Erfolgreiche Bezahl-Newsletter brauchen klaren Mehrwert, Regelmäßigkeit und Authentizität.

4. Monetarisierbare Inhalte: Podcasts, YouTube & Co.

Podcasts und **YouTube-Kanäle** bieten eine langfristige Möglichkeit zur Monetarisierung – z. B. durch Sponsoring, Werbung oder Affiliate-Links. Auch hier gilt: Der Anfang ist arbeitsintensiv, aber ab einem gewissen Punkt kann Reichweite zu Einkommen führen.

Foto: Monoar Rahman

Freiberufliche Medienschaffende sollten sich mit ihrem Angebot breit aufstellen, um weitere Einkommen zu generieren

Beispiel: Der YouTube-Kanal **„Ultralativ"** liefert medienkritische Inhalte und erreicht sechsstellige Abrufzahlen. Auch kleinere Formate können erfolgreich sein, wenn sie klar positioniert sind.

Tools wie **Patreon, Steady** oder **YouTube Memberships** helfen bei der Monetarisierung treuer Communities.

5. Inhalte lizenzieren und erneut verwerten

Viele freie Medienschaffende sitzen auf einem großen Fundus veröffentlichter Texte, Bilder oder Videos. Über Plattformen wie **Content.de, Adobe Stock** oder **Fobizz** lassen sich Inhalte zweitverwerten – etwa für Bildung, Blogs oder Unternehmenskommunikation.

Auch das gezielte Anbieten von Textpaketen oder thematischen Dossiers für kleinere Redaktionen oder lokale Verlage kann zusätzliche Einnahmen bringen.

Tipp: Inhalte modular und thematisch aufbereiten – dann sind sie leichter wiederverwertbar.

Was man bei all dem beachten sollte

Urheberrecht:

Immer klären, wer die Rechte an bestehenden Texten oder Bildern hält. Bei selbst finanzierten Recherchen ist das meist unproblematisch – bei Auftragsarbeiten oft nicht.

Steuern & Gewerbeanmeldung:

Einige passive Einnahmequellen (z. B. E-Books, Kurse) gelten als gewerbliche Tätigkeit und erfordern eine Anmeldung beim Gewerbeamt. Auch steuerlich sollte man sich beraten lassen, insbesondere bei regelmäßigen Einnahmen.

Marketing & Sichtbarkeit:

Ohne Sichtbarkeit bringt das beste Produkt wenig. Ein eigener Webauftritt, Social Media oder ein thematischer Blog helfen beim Aufbau einer Community und Markenidentität.

Ausblick: Warum sich der Aufbau lohnt – gerade jetzt

Der Aufbau passiver Einkommensströme ist kein Selbstläufer, aber eine Investition in die eigene Zukunft. Wer einmal ein gutes Produkt erstellt hat, kann es über Jahre nutzen, weiterentwickeln und mit neuen Projekten kombinieren.

In einer Medienlandschaft, die sich stetig verändert – von der Print-Krise bis zur KI-Revolution – ist Unabhängigkeit nicht nur ein Ideal, sondern eine Notwendigkeit. Und passives Einkommen kann ein Teil dieser Freiheit sein.

Wer heute beginnt, sich parallel zum redaktionellen Alltag eigene Formate, Inhalte und Produkte aufzubauen, schafft sich nicht nur zusätzliche Sicherheit, sondern auch kreative Spielräume. Denn am Ende geht es nicht nur ums Geld, sondern darum, die eigenen Themen auf eigene Weise erzählen zu können.

Walther Bruckschen *(Jahrgang 1961), Diplom-Kaufmann und Unternehmensberater, besitzt langjährige Erfahrungen als Chefredakteur von Fachzeitschriften und ist als freiberuflicher Journalist, Agenturgründer und Geschäftsführer sowie PR- und Marketingberater tätig. Als Q-plus-zertifizierter Gründungsberater ist er in der Beraterbörse der KfW gelistet und hat sich auf Gründer- und Führungskräftecoaching in der Medienbranche spezialisiert. Er betreut seit Januar 2013 federführend die Gründungsberatung des Journalistenzentrum Deutschland.*

Fahrtkosten steuerlich absetzen

Von Sebastian Gerdes

Von täglichen Pendelfahrten bis zu Außendienstreisen: Für viele Medienschaffende gehören beruflich bedingte Fahrten zum Alltag. Doch welche Kosten sind steuerlich absetzbar, wie funktioniert die Abrechnung, und wo lauern Fallstricke? Ein Überblick über geltende Regelungen, aktuelle Urteile und praktische Tipps zur steuerlichen Geltendmachung von Fahrtkosten.

Mobil im Dienste der Recherche

Ob zur Pressekonferenz, zum Interviewtermin oder in die Redaktion – wer journalistisch arbeitet, ist häufig unterwegs. Dabei entstehen regelmäßig Kosten für Fahrten mit dem eigenen Auto, öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad. Diese Ausgaben können grundsätzlich von der Steuer abgesetzt werden – allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen und abhängig davon, ob es sich um eine beruflich veranlasste Fahrt oder den täglichen Arbeitsweg handelt.

Für viele freie und angestellte Journalistinnen und Journalisten sind Fahrtkosten eine der wichtigsten Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten. Dennoch ist das Steuerrecht in diesem Bereich komplex und oft missverständlich. Wer seine steuerlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen möchte, sollte daher die Grundlagen kennen.

1. Grundsätzliche Unterscheidung: Werbungskosten vs. Betriebsausgaben

Je nach Beschäftigungsform gelten unterschiedliche Regelungen:

- Angestellte Journalistinnen und Journalisten machen Fahrtkosten als Werbungskosten geltend.
- Freie Journalistinnen und Journalisten (Freiberufler) setzen die Kosten als Betriebsausgaben in ihrer Einnahmen-Überschuss-Rechnung (EÜR) ab.

In beiden Fällen ist entscheidend, dass die Fahrten beruflich veranlasst sind. Private Fahrten sind grundsätzlich nicht absetzbar – mit Ausnahme des Weges zur ersten Tätigkeitsstätte, der über die Entfernungspauschale geltend gemacht werden kann.

2. Die Entfernungspauschale – für den täglichen Arbeitsweg

Für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte – etwa zur Redaktion – können Angestellte eine Entfernungspauschale von derzeit 0,30 Euro pro Kilometer (einfache Strecke) ansetzen. Ab dem 21. Kilometer steigt diese Pauschale auf 0,38 Euro pro Kilometer (Stand: 2024). Dieser Stand gilt zunächst bis einschließlich 2026.

Beispiel:
Ein Journalist pendelt an 220 Arbeitstagen im Jahr 30 km zur Redaktion.

Berechnung:
20 km × 0,30 € = 6,00 €
10 km × 0,38 € = 3,80 €
= 9,80 € pro Tag

9,80 € × 220 Tage = 2.156 € Werbungskosten

Wichtig: Nur die einfache Strecke wird berücksichtigt – unabhängig vom tatsächlichen Verkehrsmittel (Auto, Bahn, Fahrrad, etc.).

3. Dienstreisen und beruflich veranlasste Fahrten

Fahrten zu Außenterminen, Interviews oder Veranstaltungen zählen als Dienstreisen bzw. beruflich veranlasste Fahrten. Diese können in voller Höhe angesetzt werden – und zwar für die Hin- und Rückfahrt.

Hier können Journalistinnen und Journalisten zwischen zwei Varianten wählen:

a) Kilometersatz

Wer mit dem privaten Pkw fährt, kann pauschal 0,30 Euro pro gefahrenem Kilometer ansetzen (also Hin- und Rückweg). Für Motorräder, Roller oder Mopeds liegt die Pauschale bei 0,20 Euro, ebenso wie fürs Fahrrad.

Beispiel:
Ein freier Journalist fährt mit dem eigenen Auto zu einem Interview (40 km hin, 40 km zurück).
80 km × 0,30 € = 24,00 € Betriebsausgabe

b) Tatsächliche Kosten

Alternativ können auch die tatsächlichen Fahrzeugkosten angesetzt werden – z. B. Abschreibung, Versicherung, Reparaturen, Benzin, Kfz-Steuer. Dafür ist jedoch ein detailliertes Fahrtenbuch erforderlich, das zwischen privaten und beruflichen Fahrten unterscheidet.

Diese Variante lohnt sich meist nur bei hohem beruflichem Nutzungsanteil und hohem Aufwand – ansonsten ist der pauschale Kilometersatz einfacher und rechtssicherer.

4. Öffentliche Verkehrsmittel und Taxikosten

Kosten für Bahnfahrten, Busse, Flugreisen oder Taxifahrten zu beruflichen Zwecken sind in voller Höhe absetzbar – bei Vorlage entsprechender Belege. Auch hier ist entscheidend: Die Fahrt muss ausschließlich beruflich veranlasst sein.

Für freie Journalistinnen und Journalisten gehören diese Ausgaben in die Betriebsausgaben, für Angestellte in die Werbungskosten.

5. Mischfahrten: Beruflich und privat kombiniert

Oftmals lassen sich berufliche und private Fahrten nicht strikt trennen – etwa beim Besuch eines Kongresses, der mit einem privaten Städtetrip verbunden wird. In solchen

Foto: wydawca/Pixabay

Für dienstliche Fahrten gibt es verschiedene Arten der steuerlichen Geltendmachung

Fällen erkennt das Finanzamt nur den anteiligen beruflichen Teil der Fahrkosten an.

Wichtig: Die Aufteilung muss nachvollziehbar dokumentiert sein – etwa durch Tagesprogramme, Einladungen oder Gesprächsnotizen.

6. Nachweispflichten und Tipps zur Dokumentation

Für eine steuerliche Anerkennung gilt: Dokumentation ist alles. Die Finanzämter verlangen klare Nachweise über Reisedatum, Ziel, Anlass und Strecke. Empfehlenswert ist ein einfaches Fahrtenbuch oder eine Excel-Tabelle, in der alle beruflichen Fahrten erfasst werden.

Angaben sollten beinhalten:

- Datum der Fahrt
- Start- und Zielort
- Anlass der Fahrt (z. B. Interview mit XY)
- Gefahrene Kilometer
- Verkehrsmittel
- ggf. Belege (Tickets, Tankquittungen)

Digitale Tools oder Apps (z. B. WISO Fahrtenbuch, Driverslog) können die Dokumentation erleichtern.

7. Besonderheiten bei Redateur*innen mit wechselnden Einsatzorten

Gerade in der Medienbranche gibt es viele atypische Arbeitsmodelle: mobile Reporter*innen, Korrespondenten, Kamerateams. Hier stellt sich oft die Frage, ob überhaupt eine erste Tätigkeitsstätte vorliegt – oder ob es sich um wechselnde Einsatzstellen handelt.

Bei wechselnden Einsatzorten können alle Fahrten als Reisekosten angesetzt werden – also auch der Weg von der Wohnung zum jeweiligen Einsatzort in voller Höhe (Hin- und Rückweg).

Für freie Journalistinnen und Journalisten gelten diese Regeln analog – hier wird jedoch nicht von „Tätigkeitsstätte", sondern von Betriebsstätte gesprochen.

8. Pauschalen bei Reisen: Verpflegung und Übernachtung

Wer zu beruflichen Terminen reist, kann neben den Fahrtkosten auch Pauschalen für Verpflegungsmehraufwand geltend machen:

- ab 8 Stunden Abwesenheit: 14 €
- ab 24 Stunden Abwesenheit: 28 €

Übernachtungskosten können in tatsächlicher Höhe angesetzt werden – bei Belegen. Ohne Hotelrechnung wird keine Pauschale mehr anerkannt.

9. Häufige Fehler und Fallstricke

Einige klassische Fehler, die zur Ablehnung durch das Finanzamt führen:

- Keine Trennung von beruflichen und privaten Fahrten
- Fehlende Belege oder unklare Angaben
- Geltendmachung der Fahrtkosten zur ersten Tätigkeitsstätte als Dienstreise
- Pauschaler Ansatz ohne Nachweis bei Taxi- oder ÖPNV-Kosten

Tipp: Wer sich unsicher ist, sollte einen Steuerberater oder Lohnsteuerhilfeverein zu Rate ziehen – vor allem bei komplizierten Sachverhalten oder hoher Reisetätigkeit.

Fazit: Fahrtkosten lohnen sich steuerlich – mit guter Vorbereitung

Für Journalistinnen und Journalisten – ob fest angestellt oder frei tätig – sind Fahrtkosten ein wichtiger Posten in der Steuererklärung. Wer systematisch dokumentiert, sauber zwischen privatem und beruflichem Anlass trennt und die steuerlichen Regelungen kennt, kann bares Geld sparen. Gleichzeitig hilft eine gute Nachweisdokumentation, Ärger mit dem Finanzamt zu vermeiden.

Gerade bei zunehmender Mobilität und hybriden Arbeitsmodellen lohnt es sich, die individuellen Fahrtkosten regelmäßig zu prüfen – und gegebenenfalls anzupassen. Denn nicht selten verbergen sich hier mehrere hundert Euro Steuerersparnis im Jahr.

Sebastian Gerdes *ist seit Jahren als Steuerberater etabliert.*
Die Tätigkeits- und Interessenschwerpunkte seiner Kanzlei liegen u. a. auf der Betreuung von freien Berufen und dem engagierten Beistand für fest angestellte Journalisten & Kommunikationsfachleute. Er leitet federführend das Team, welches den Mitgliedern von DPV und bdfj im Rahmen der kostenfreien Steuerberatung kompetent zur Seite steht.

Die kurze Zeit des medialen Aufbruchs

Vor 35 Jahren wurde der DDR-Rundfunk abgewickelt

Die Marke des Jugendsenders *DT64* war in der DDR auch auf Konzerten und Großveranstaltungen bekannt: Hier Tamara Danz in der Konzertreihe „Frauen im Rock" im Palast der Republik in Ost-Berlin im März 1983 Foto: Bernd Lammel

Von außen schien es unerklärlich: Medien, denen man vor Monaten nicht getraut hatte, wurden plötzlich massenhaft gelesen, gesehen oder gehört. Dabei hatte es in den Redaktionen nur wenige Veränderungen gegeben. Doch im Herbst 1989 reformierten sich viele DDR-Medien schnell und von innen heraus. So war es beim Fernsehen und Radio des staatlichen Rundfunks der DDR wie auch bei Zeitungen und Zeitschriften.

Von Heiko Hilker

Linientreue Chefredaktionen wurden ab- und neue Chefredakteure von den Belegschaften demokratisch an die Spitze gewählt. Man gab sich Redakteursstatute, und jüngere Redakteurinnen und Redakteure kamen schnell als Seiteneinsteiger in die Redaktionen. 1990 gründeten sich außerdem in der DDR über 120 neue Zeitungen.

Doch was wurde aus dieser Vielzahl und Vielfalt? Die Medienpolitik unter Helmut Kohl ließ die Marktwirtschaft wirken. Große Westverlage übernahmen die SED-Bezirkszeitungen. Wie neue Monopole, sogenannte Ein-Zeitungs-Kreise, entstanden und die Neugründungen aufgeben mussten, kann man in „Pressefrühling und Profit" von Mandy Tröger nachlesen.[1]

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurde zum 1. Januar 1992 das etablierte BRD-System durchgesetzt. Die reformierten DDR-Programme hatten so gut wie keine Chance. Im Einigungsvertrag war festgeschrieben, dass diese zum 31. Dezember 1991 aufzulösen seien. *DT64*, das ostdeutsche Jugendradio, gewann damals Zeit, weil Zehntausende auf den Straßen demonstrierten, 300 000 Unterschriften sammelten und Mahnwachen initiierten. Der *Berliner Rundfunk* wurde privatisiert, der *Deutschlandsender Kultur* in *Deutschlandradio* integriert. Eine relevante ostdeutsche Stimme mit entsprechender Reichweite gab es Mitte 1993 nicht mehr.

Im Herbst vor 35 Jahren wurden der DDR-Rundfunk abgewickelt und *ARD*-Strukturen *(MDR, ORB, NDR)* im Osten etabliert. Mehr als 10 000 Journalistinnen und Journalisten konnten nur hoffen, unter westdeutschen Intendanten und Direktoren arbeiten zu dürfen.

Dabei stand das bundesdeutsche öffentlich-rechtliche System 1989 schon stark unter Druck. Es wurden Reformdebatten geführt. Doch anstatt gemeinsam ein neues öffentlich-rechtliches System zu etablieren, wurde das westdeutsche System den ostdeutschen Ländern übergestülpt. Das *ZDF* dehnte sich aus, die ostdeutschen Länder mussten *ARD*-Anstalten gründen. Die SED-Bezirkszeitungen wurden an finanzstarke westdeutsche Verlage verkauft.

Die Sender, Zeitungen und Zeitschriften, die durch ihre Belegschaften reformiert wurden, hatten keine Chance. Sie wurden übernommen und angepasst oder aufgelöst. Was hätte es den Westdeutschen geschadet, „Originalton Ost" zu hören? Doch darum ging es wohl gar nicht in erster Linie. Es ging vor allem um die Pressefreiheit. Die Debatte darum wurde mit einem Schlag erledigt.

Bis heute besteht auch kein Interesse daran, die damaligen Erfahrungen noch einmal zu thematisieren. Während man seit Jahrzehnten aus fast jedem Ereignis der Jahre 1989 und 1990 einen Jahrestag generiert, Veranstaltungen organisiert und darüber berichtet, hat die innere Reform der DDR-Medien im gesellschaftlichen Dis-

kurs keinen Platz. Nicht einmal in den Jubiläumsdiskursen kommt sie vor. Die Rolle der DDR-Medien in den Jahren 1989 und 1990 wird so gut wie nie thematisiert. So wird ausgeblendet, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich erkämpften, Intendanten selbst zu wählen, wie sie von sich aus die Grundlagen für die innere Pressefreiheit selbst legten und ihre Programme teilweise selbst organisierten.

Alle Erfahrungen jener wenigen Monate des medialen Aufbruchs und der journalistischen Selbstbestimmung, unter welchen Bedingungen Medien gesellschaftlich relevant und Journalismus in der Bevölkerung verankert sein können, was Medien in Phasen des gesellschaftlichen Wandels leisten können, werden in den aktuellen Reformdebatten ausgeblendet.

Doch wer verknöcherte Strukturen reformieren will, sollte nicht nur neue Technologien und Publikums- und Zukunftsdialoge als Heilsbringer sehen. Damit allein ist gesellschaftlich relevanter Journalismus nicht möglich.

Wenn wir auf die Ereignisse von 1989 und 1990 blicken, können wir uns fragen, wieso Medien, deren Aufgabe es war, Agitatoren, Propagandisten sowie kollektive Organisatoren zu sein, und die nur über ein geringes Maß an Rückhalt in der Bevölkerung verfügten, innerhalb kürzester Zeit massiv an Glaubwürdigkeit und Reichweite gewinnen konnten. Was waren die wesentlichen Veränderungen, die dazu führten? Wieso konnte sich das DDR-Mediensystem 1989 so schnell und nahezu von innen heraus reformieren? Warum und wie schaffte man es, Reichweite und Zuspruch in hohem Umfang zu generieren, obwohl man doch vorher nur über geringe Reichweite und Glaubwürdigkeit verfügte?

Es war beeindruckend zu sehen, wie Journalistinnen und Journalisten, die durch die Schule des DDR-Journalismus gegangen waren, in der Lage waren, relevanten Journalismus zu machen, der Anerkennung und Zuspruch in der Bevölkerung fand und dessen Reichweite wuchs. Offensichtlich verfügten sie über eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Sie waren in der Lage, professionell journalistisch zu arbeiten. Das galt für viele der Zeitungen, Radio- und Fernsehangebote.

Die Veränderungen beruhten im Wesentlichen auf zwei Säulen. Zum einen waren es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die weitgehend über die Inhalte bestimmten. Zum anderen hatten sie eine starke Rückkopplung in die Gesellschaft, in die Bevölkerung. Sie griffen die Themen auf, die relevant waren, bereiteten diese auf, trugen sie an die Regierenden heran und spiegelten deren Reaktion entsprechend.

Der *Berliner Rundfunk* wurde privatisiert, der *Deutschlandsender Kultur* ins *Deutschlandradio* integriert. Eine relevante ostdeutsche Stimme mit entsprechender Reichweite gab es Mitte 1993 nicht mehr.

Und sie arbeiteten die Informationen und Hintergründe zu Meinungsverschiedenheiten in einer Tiefe und Qualität auf, die so weit wie möglich ihrer Komplexität gerecht wurde. Je schwieriger, je komplexer eine Frage war, umso notwendiger war ihre inhaltliche Aufbereitung – und dies in der Vielfalt der in der Gesellschaft bestehenden Wertungen, Erfahrungen etc. So wurde man dem selbst gestellten Vielfaltsauftrag gerecht.

Damit kamen DDR-Radio und -Fernsehen Brechts Radioutopie sehr nahe, als er vor fast 95 Jahren das Potenzial des Radios beschrieb: „Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen, und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen. Der Rundfunk müsste demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren."[2]

Doch in der neuen Rundfunkordnung, die von den Bundesländern getragen wurde, war kein Platz für die ostdeutschen Programme. Helmut Kohls Medienpolitik bestand darin, die reformierten DDR-Strukturen zu zerschlagen. Neue *ARD*-Anstalten wurden auch deshalb geschaffen, um auf einfachem Wege die entstandene Pressefreiheit zurückzunehmen und neue Hierarchien zu schaffen.

Das Radio, wie es sich seit Brechts Zeiten Ende der 1920er-Jahre bis heute weiterentwickelt hat, hat technisch gesehen nur Tippelschritte in Richtung seiner Utopie ermöglicht: Hörerinnen und Hörer können sich per Telefon in speziellen Call-in-Programmen zu Wort melden. Dann nehmen sie zeitweise live an im Radiostudio geführten Diskussionen teil. Radioredakteure moderieren den Austausch, teilen das Wort zu. Die Hörerinnen und Hörer sind für einige kurze Wortwechsel ein paar Minuten auf Sendung und können mit Experten, Wissenschaftlern, Politikern, Künstlern oder Sportlern debattieren – gelegentlich auch mit einem anderen Anrufer, der noch in der Leitung ist, also mit ihresgleichen. Diese Runden bieten selten einen Mehrwert, vor allem, wenn sie nicht redaktionell gut vorbereitet sind.

Die digitalen sozialen Netzwerke ermöglichen heute allerdings eine andere Dialogfähigkeit. Damit setzen sie Standards und wecken Erwartungen.

Mit seiner Radiotheorie wollte Bertolt Brecht vor fast 95 Jahren „nur den prinzipiellen Vorschlag formulieren, aus dem Rundfunk einen Kommunikationsapparat öffentlichen Lebens zu machen."[3] Was hatte Bertolt Brecht gefordert? „Der Rundfunk müsste demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren."[4] Eine wahrhaft große Aufgabe für *ARD, ZDF* und *Deutschlandradio*. Sehen sie diese Aufgabe überhaupt? Derzeit wollen die *ARD*-Intendantinnen und -Intendanten vor allem sparen. Auch am Radio. Von 20 bis 6 Uhr sollen Gemeinschaftsprogramme gesendet werden. Man will vor allem die Radio-Prime-Time finanzieren. Die vielen Hörerinnen und Hörer, die abends oder nachts einschalten, sind ihnen egal. Denen sollen Einheitsprogramme geboten werden. (Immerhin hören um 20 Uhr noch etwa fünf Millionen Menschen Radio, gegen 22 Uhr sind es noch 2,5 Millionen.)

1989 hat gezeigt, dass und wie eine Reform möglich ist. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen die Freiheit haben, professionell Programm machen zu können. Für und mit ihrem Publikum. Brecht war der Meinung: „Undurchführbar in dieser Gesellschaftsordnung, durchführbar in einer anderen …"[5] Doch was hieße das, wenn es schon heute möglich ist?

[1] Mandy Tröger: Pressefrühling und Profit. Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten, Herbert von Halem Verlag. 2019.
[2] Ebd., S. 129
[3] Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks. Gesammelte Werke 18, S. 133, Suhrkamp, 1967.
[4] Ebd., S. 129.
[5] Ebd., S. 134.

Einfache Passwörter um sie sich besser zu merken?

Jeder Vierte benutzt einfache Passwörter. Ob „geheim", „123456" oder Name und Geburtstag des Kindes – beim Umgang mit Passwörtern sind viele immer noch nachlässig. Und das, obwohl sie es damit Cyberkriminellen leicht machen, sich Zugang etwa zu Social-Media-Diensten, Online-Shopping oder Bank- und Gesundheitsdaten zu verschaffen. So nutzt rund ein Viertel (23 Prozent) der Internetnutzerinnen und -nutzer häufig bewusst einfache Passwörter, damit sie sich diese leicht merken können. Ein Drittel (33 Prozent) nutzt dasselbe Passwort für verschiedene Dienste. Das sind Ergebnisse einer Umfrage unter 1.021 Internetnutzerinnen und -nutzern in Deutschland ab 16 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. Es ist wichtig, sich einen Überblick über die eigenen Kennwörter zu verschaffen und sich von einfachen oder mehrfach genutzten zu verabschieden und sie zu ersetzen, sagt Sicherheitsexperte Felix Kuhlenkamp. „Wer sicher sein will, wählt gute Passwörter und kombiniert sie, wo immer möglich mit Zwei-Faktor-Authentifizierung oder gleich einem Passkey." Das gilt besonders für Journalisten und Medienschaffende.

Fünf Tipps für sichere Zugänge:

Keine einfachen Passwörter:
Passwörter sollten nicht aus einem leicht zu erratenden persönlichen Begriff, wie dem Namen des Kindes oder des Partners, oder aus einem im Wörterbuch zu findenden einzelnen Wort bestehen. Stattdessen bietet sich eine Kombination aus verschiedenen Worten oder Silben, womöglich mit ungewöhnlicher Groß- und Kleinschreibung an. Je länger das Passwort ist, desto schwieriger ist es, es zu knacken. Sonderzeichen kann man vor allem dann nutzen, wenn man seine Passwörter ohnehin in einem Passwortmanager speichert.

Keine doppelten Passwörter:
Für jeden Online-Dienst sollte man ein einzigartiges Passwort verwenden. Das reduziert das Risiko, dass bei einem Datenleck Cyberkriminelle Zugriff auf mehrere Konten bekommen, wenn sie gestohlene Zugangsdaten an unterschiedlichen Stellen einsetzen. Vor allem für zentrale Online-Dienste wie etwa den E-Mail-Provider, aber auch für Dienste, bei denen Kontodaten hinterlegt sind, wie etwa beim Online-Shopping, sollte man unbedingt komplexe und einzigartige Passwörter verwenden.

Keine Zettel und einfache Textdateien:
Niemand kann sich Dutzende von Zugangsdaten merken. Passwörter aufzuschreiben und auf dem Büroschreibtisch liegenzulassen ist aber ebenso wenig eine gute Idee wie Passwortlisten in einer einfachen Textdatei auf dem Computer zu speichern. Stattdessen bieten sich Passwortmanager an. Das sind Programme für den PC oder als App für das Smartphone, in denen Zugangsdaten sicher verschlüsselt abgelegt werden können. Der Vorteil: Man muss sich nur ein – möglichst gutes – Passwort für den Passwortmanager merken oder kann diesen auf dem Smartphone zum Beispiel auch per Fingerabdruck „aufschließen".

Doppelt hält besser:
Wo immer möglich sollte die sogenannte Zwei-Faktor-Authentifizierung eingerichtet werden, denn selbst das stärkste Passwort lässt sich knacken. Bei der Zwei-Faktor-Authentifizierung reichen Nutzername und Passwort allein nicht für den Zugang, sondern man muss aus einer speziellen App auf dem Smartphone noch einen Zahlencode ablesen und diesen zusätzlich eingeben. Das bedeutet, dass sich Angreifer nicht nur das Passwort verschaffen müssen, sondern auch Zugang zum Smartphone brauchen, wodurch die Sicherheit erhöht wird. Manchmal wird der zweite Faktor – also der Zahlencode – auch per SMS oder andere Kurznachrichten verschickt oder per E-Mail.

Noch mehr Sicherheit – ganz ohne Passwort:
Passkeys sind eine moderne und besonders sichere Alternative zum klassischen Passwort. Anstatt wie bisher das Kennwort einzugeben, wird bei einem Passkey bei der ersten Registrierung ein Schlüsselpaar generiert, bei dem ein Teil (der private Schlüssel) sicher auf dem Gerät bleibt und der andere (der öffentliche Schlüssel) an den Online-Dienst übermittelt wird. Der Vorteil: Der private Schlüssel, der Ausweis für die eigene Identität ist (wie früher das Passwort), muss nie übertragen werden und kann so auch nicht so einfach gestohlen und missbraucht werden. Die Schlüssel selbst sind eine lange Zahlenkolonne, die der Nutzer aber gar nicht kennen muss. Stattdessen wird für die Identifikation auf dem eigenen Gerät bequem der Fingerabdruck, die Gesichtserkennung oder eine PIN verwendet.

Quelle: www.bitkom.org

Engagement – RückBLENDE

April 2025

Interviewrechte:
Wer bestimmt über die Veröffentlichung?

Das Online-Seminar beschäftigt sich mit dem spannenden Thema „Interviewrechte". Wer besitzt die Rechte an den Inhalten? Wann sind Genehmigungen erforderlich? Wie können Journalisten mit Änderungswünschen umgehen? Unser Experte bietet praxisnahe Einblicke, um Interviews rechtssicher zu planen, durchzuführen und zu veröffentlichen. Verstehen Sie, welche Rechte und Pflichten bei Interviews gelten, und lernen Sie, wie Sie rechtliche Konflikte vermeiden können – von der Aufnahme bis zur Veröffentlichung. Dieses Webinar ist ideal für Journalisten, Redakteure und alle, die regelmäßig Interviews führen und ihre rechtlichen Kenntnisse auffrischen oder vertiefen möchten. Olaf Kretzschmar, ein erfahrener Rechtsanwalt und Journalist, der sich auf Medien- und Presserecht spezialisiert hat, führt durch die rechtlichen und ethischen Rahmenbedingungen, die im Journalismus gelten.

Fragerunde Presserecht gestartet

In diesem Monat findet erstmalig die Fragerunde Presserecht statt. Die Form der Fragerunde wird eingesetzt, um die Teilnehmer aktiv einzubinden, Fragen zu den behandelten Themen zu beantworten und einen Dialog zu führen. Sie dient dazu, den Austausch zu fördern, vertiefende Einblicke zu ermöglichen und direkte Rückmeldungen zwischen Publikum und Referent zu ermöglichen. Teilnehmer können Fragen zum Thema stellen, um ihr Verständnis zu vertiefen. Recht teilt sich in die drei großen Rechtsgebiete Zivilrecht, öffentliches Recht und Strafrecht. Zum Recht gehören staatlich erlassene Rechtssätze (Gesetze, Verordnungen, völkerrechtliche Verträge, Richterrecht usw.) sowie staatlich anerkannte Rechtssätze (Kirchenrecht, Handelsgewohnheitsrecht, in begrenztem Umfang auch Naturrecht). Und mit fast allem können Journalistinnen und Journalisten während ihrer Berufsausübung in Berührung kommen. Entsprechend groß ist die Nachfrage der dem DPV und der bdfj angeschlossenen Berichterstatter beispielsweise nach der wöchentlich stattfindenden Rechtsberatung.

DPV und bdfj fordern: Informationsfreiheitsgesetz ausweiten statt abschaffen

In den aktuellen Koalitionsverhandlungen existiert innerhalb eines Abschlusspapiers, welches von der Arbeitsgruppe Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung, Moderne Justiz zusammengestellt wurde, die Forderung, das Informationsfreiheitsgesetz abzuschaffen oder es zumindest stark abzuschwächen. Seit dem Jahr 2006 hat dieses Gesetz Journalisten ermöglicht, die Herausgabe amtlicher Aufzeichnungen zu fordern und so zahlreiche Skandale aufzudecken. „Das Informationsfreiheitsgesetz darf keine Verhandlungsmasse innerhalb der Koalitionsverhandlungen werden", betonte Christian Laufkötter, Sprecher von DPV und bdfj. „Es ist eher eine Erweiterung der Rechte von Journalistinnen und Journalisten sowie Bürgern anzustreben." Die Transparenz von behördlichem Handeln wird wesentlich verbessert und dient der Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung und der Verwaltungskontrolle durch die Medien, was das Bundesverwaltungsgericht bereits 2011 bestätigt hat. Die Abschaffung des Informationsfreiheitsgesetzes würde einen beispiellosen Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit und letztendlich auf die Freiheit jedes Einzelnen darstellen. Deswegen fordern DPV und bdfj, das Informationsfreiheitsgesetz vorliegenden Vorschlägen gemäß auszuweiten statt abzuschaffen.

März 2025

Pressereise nach Moldau

Die Republik Moldau bietet Journalisten aus unserem Netzwerk an, vom 4. bis 9. Mai des Jahres an einer Pressereise in dem Land teilzunehmen. Dabei wird die Gelegenheit offeriert, die berühmte Gastfreundschaft in Moldau zu genießen und ihre wichtigsten und einzigartigen touristischen Attraktionen zu erkunden. Die moldauische Regierung übernimmt die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und internen Transport innerhalb der Republik Moldau. Weitere Informationen finden Sie unter *www.pressereisen.org*.

DPV und bdfj auf Informationstour

Vertreter von DPV und bdfj reisen durch die D-A-CH Länder, um sich mit angeschlossenen und weiteren Journalisten auszutauschen. Dabei werden auch Gespräche mit Fachgruppenleitern geführt. Im Fokus stehen die zu erwartenden Änderungen für die Medienbranche nach der neuen Regierungsbildung in Deutschland sowie die den Alltag bestimmenden Aufgaben des Journalistenberufs. Die Berufsverbände nehmen ein Bündel Anregungen mit in die Bundesgeschäftsstelle, um diese im Interesse aller Medienmacher umzusetzen.

Petition zur Rettung von *phoenix* erfolgreich übergeben

Für die von DPV und bdfj als Erstunterzeichner unterstützte Petition zum Erhalt des TV Senders *phoenix* wurden inzwischen über 105 000 Unterschriften gesammelt. Diese und eine Zusammenfassung der Petition wurden in Berlin vor Beginn der Ministerpräsidentenkonferenz der rheinland-pfälzischen Staatssekretärin und Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa und Medien, Heike Raab, und dem Chef der sächsischen Staatskanzlei, Andreas Handschuh, offiziell übergeben. In Kürze wird die Petition den Intendanten von *ARD* und *ZDF* übergeben werden.

Februar 2025

Online-Seminar: Was brauche ich, um als Journalist durchzustarten?

Das Webinar „Der Weg in die Selbstständigkeit: Was brauche ich, um als Journalist durchzustarten?" richtet sich an alle, die den Schritt in die Selbstständigkeit als Journalist wagen möchten. Sie erfahren, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, welche rechtlichen und finanziellen Aspekte zu beachten sind und welche ersten Schritte für einen erfolgreichen Start entscheidend sind. Unser Experte Walther Bruckschen vermittelt praxisnahes Wissen und beantwortet Ihre Fragen rund um das Thema Existenzgründung im Journalismus. Erhalten Sie einen klaren Überblick über die Anforderungen und Schritte zur Selbstständigkeit im Journalismus und entwickeln Sie einen individuellen Fahrplan für Ihren Start als freier Journalist. Dieses Webinar richtet sich an Journalisten, die den Sprung in die Selbstständigkeit planen, sowie an Medienprofis, die sich auf eine unabhängige Tätigkeit vorbereiten möchten. Mitglieder von DPV oder bdfj nehmen kostenfrei teil (wenn sie in diesem Jahr zum ersten Mal an unseren Online-Seminaren teilnehmen) oder erhalten andernfalls 50 Prozent Ermäßigung auf die Seminargebühr. Mehr Informationen finden Sie unter *www.presseseminare.org*.

Presseratgeber: Ihre Rechte als Journalist – auch in Krisenzeiten

In dem aktualisierten Presseratgeber „Ihre Rechte als Journalist – auch in Krisenzeiten" erörtern wir wichtige Fragen für Epochen, in welchen beispielsweise eine Pandemie ausgerufen wird: Sind Journalisten systemrelevant, haben sie dadurch in ihrer Berufsausübung Sonderrechte und wie begründen sich diese? Außerdem werden die Voraussetzungen erläutert, die für das Geltendmachen dieser Privilegien bestehen. Weiter erfahren Medienschaffende, wie und wo sie in solchen Zeiten Hilfen geltend machen können - mit Tipps und allen wichtigen Ansprechpartnern. Die Autoren beschreiben außerdem, welche weiteren Nothilfen es gibt und geben zahlreiche weitere Tipps zum Handeln in einer Krisensituation. Herausgegeben vom Journalistenzentrum Deutschland. Presseratgeber Nr. 8524.

Aktuelle Hinweise zum Engagement des Journalistenzentrum Deutschland finden Sie unter www.berufsvertretung.de

Sie sind Journalist?

Profitieren Sie von hervorragendem Service, Fachinformationen, qualifizierter Beratung, Presseausweis, wirksamem Engagement, Medienversorgung und zahlreichen weiteren Leistungen.

Die Journalistenverbände informieren Sie gerne:

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Journalistenzentrum Deutschland
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040 / 8 99 77 99
info@journalistenverbaende.de

www.journalistenverbaende.de